

VOLKSWACHT

für Schlesien, Posen und die Nachbargebiete.
Organ für die Interessen der Arbeiterklasse.

Verantwortlicher Redakteur für den politischen Teil: Fritz Auvert in Breslau, Wilhelms-Ufer 1.

Die „Volkswacht für Schlesien, Posen und die Nachbargebiete“ ist durch unsere Expedition, Weißgerbergasse 64, durch die Post und durch Colporture zu beziehen.

Preis vierteljährlich 2.50, pro Woche 20 s.

Freitag, 9. Oktober.

Die „Volkswacht für Schlesien, Posen und die Nachbargebiete“ erscheint wöchentlich 6 Mal. Der Insertionspreis für die 5gespaltene Petitzeile beträgt 20 s.

Postzeitungsliste Nr. 5540.

Parteigenossen!

Nachstehend unterbreiten wir gemäß den Bestimmungen des § 7 unseres Organisationsstatuts die bis heute bei uns aus dem Kreise der Genossen eingegangenen Anträge für den nach Erfurt berufenen Parteitag. Als Grundlage für die zur Programmberatung eingegangenen Anträge dient der an der Spitze folgende Entwurf des Parteivorstandes.

Mit parteigenössischem Gruße

Berlin, 8. Oktober 1891.

Der Parteivorstand.

Programm. *)

1. Entwurf des Parteivorstandes.

Die Trennung der Arbeiter von den Arbeitsmitteln — Grund und Boden, Bergwerke, Gruben, Maschinen, und Werkzeuge, Verkehrsmittel — und deren Übergang in den Alleinbesitz eines Teiles der Gesellschaftsglieder hat zur Spaltung der Gesellschaft in zwei Klassen, die arbeitende und die besitzende geführt.

In den Händen ihrer Aneigner sind die gesellschaftlichen Arbeitsmittel zu Mitteln der Ausbeutung geworden. Die hierdurch bedingte ökonomische Unterwerfung der Arbeiter unter die Besitzer der Arbeitsmittel, d. h. der Lebensquellen, ist die Grundlage der Knechtschaft in jeder Gestalt: des gesellschaftlichen Elends, der geistigen Verkümmern, der politischen Abhängigkeit.

Unter der Herrschaft dieser Ausbeutung nimmt die Anhäufung des durch die Ausgebeuteten erzeugten Reichtums in den Händen der Ausbeuter der Kapitalisten und Großgrundbesitzer — mit wachsender Geschwindigkeit zu. Immer ungleicher wird die Verteilung des Arbeitsprodukts zwischen Ausbeuter und Ausgebeuteten, immer größer die Zahl und immer unfähiger die Lebenslage der Proletarier, immer massenhafter die Armeen der überschüssigen Arbeiter, immer schroffer der Klassengegensatz, immer erbitterter der Klassenkampf, welcher die moderne Gesellschaft in zwei feindliche Heerlager trennt und das gemeinsame Merkmal aller Industrieländer ist.

Die im Wesen der kapitalistischen Produktion begründete Planlosigkeit erzeugt jene immer länger andauernden Krisen und Arbeitsstokungen, welche die Lage der Arbeiter noch verschlimmern, durch den Ruin der städtischen und ländlichen Mittelstände — der Kleinbürger und Kleinbauern — den Abgrund zwischen Besitzenden und Besitzlosen erweitern, die allgemeine Unsicherheit zum Normalzustand der Gesellschaft erheben und den Beweis liefern, daß die Klasse der Aneigner der gesellschaftlichen Arbeitsmittel den Beruf und die Fähigkeit zur wirtschaftlichen und politischen Führung verloren hat.

Diesem Zustand, der von Tag zu Tag unerträglicher wird, durch Beseitigung seiner Ursachen ein Ende zu machen und die Befreiung der Arbeiterklassen zu erringen, ist das Ziel und die Aufgabe der Sozialdemokratie.

Die sozialdemokratische Partei Deutschlands erstrebt demgemäß die Umwandlung der Arbeitsmittel —

Grund und Boden, Bergwerke, Gruben, Maschinen und Werkzeuge, Verkehrsmittel — in Gemeineigentum der Gesellschaft, und die Umwandlung der kapitalistischen Produktion in sozialistische Produktion; eine Umwandlung, für welche die kapitalistische Gesellschaft selbst die materiellen und geistigen Bedingungen geschaffen hat und weiter schafft und durch welche allein die Befreiung der Arbeiterklasse, und mit ihr die Befreiung aller Gesellschaftsglieder ohne Ausnahme verwirklicht wird.

Die sozialdemokratische Partei hat nichts gemein mit dem sogenannten Staatssozialismus, dem System der Verstaatlichung zu fiskalischen Zwecken, das den Staat an die Stelle des Privatunternehmers setzt und damit die Macht der ökonomischen Ausbeutung und der politischen Unterdrückung des Arbeiters in einer Hand vereinigt.

Die Befreiung der Arbeiterklasse kann nur das Werk der Arbeiterklasse selbst sein, weil alle übrigen Klassen und Parteien auf dem Boden des Kapitalismus stehen und trotz der Interessen-Streitigkeiten unter sich doch die Erhaltung und Stärkung der Grundlagen der heutigen Gesellschaft zum gemeinsamen Ziel haben.

Die Interessen der Arbeiterklasse sind in allen Ländern mit kapitalistischer Produktionsweise die gleichen; mit der Ausdehnung des Weltverkehrs und der Produktion für den Weltmarkt wird die Lage der Arbeiter eines jeden Landes immer abhängiger von der Lage der Arbeiter in den anderen Ländern; die Befreiung der Arbeiterklasse ist daher nicht eine nationale, sondern eine soziale Aufgabe, an der die Arbeiter aller Kulturländer gleichmäßig beteiligt sind. In dieser Erkenntnis fühlt und erklärt die sozialdemokratische Partei Deutschlands sich eins mit den klassenbewußten Arbeitern aller übrigen Länder.

Die sozialdemokratische Partei kämpft nicht für neue Klassenprivilegien und Vorrechte, sondern für die Abschaffung der Klassenherrschaft und der Klassen selbst, und für gleiche Rechte und gleiche Pflichten Aller ohne Unterschied des Geschlechts und der Abstammung. In diesem Vereinskampfe vertritt die Sozialdemokratie, als die Vertreterin nicht bloß der Lohnarbeiter, sondern der Ausgebeuteten und Unterdrückten insgesamt, alle Forderungen, Maßregeln und Einrichtungen, welche die Lage des Volkes im Allgemeinen und der Arbeiterklasse im Besonderen zu verbessern geeignet sind.

Die sozialdemokratische Partei Deutschlands tritt deshalb gegenwärtig für folgende Forderungen ein:

1. Allgemeines gleiches direktes Wahl- und Stimmrecht mit geheimer Stimmabgabe aller über 20 Jahre alten Reichsangehörigen ohne Unterschied des Geschlechts für alle Wahlen und Abstimmungen. Einführung des Proportional-Wahl-systems. Festsetzung der Wahlen und Abstimmungen auf einen Sonn- oder Feiertag. Entschädigung für die gewählten Vertreter.
2. Direkte Anteilnahme des Volkes an der Gesetzgebung mittelst des Vorschlags- und Verwerfungsrechtes. Selbstverwaltung des Volkes in Reich, Staat, Provinz und Gemeinde. Jährliche Steuerbewilligung, Recht der Steuerverweigerung.
3. Entscheidung über Krieg und Frieden durch die

gewählten Vertreter des Volkes. Errichtung eines internationalen Schiedsgerichts.

4. Abschaffung aller Gesetze, welche die freie Meinungsäußerung und das Recht der Vereinigung und Versammlung einschränken oder unterdrücken.
5. Abschaffung aller Aufwendungen aus öffentlichen Mitteln zu kirchlichen und religiösen Zwecken. Die kirchlichen und religiösen Gemeinschaften sind als Privatvereinigungen zu betrachten.
6. Weltlichkeit der Schule. Obligatorischer Besuch der öffentlichen Volksschulen. Unentgeltlichkeit des Unterrichts und der Lehrmittel in allen öffentlichen Bildungsanstalten.
7. Erziehung zu allgemeiner Wehrhaftigkeit. Volkswehr an Stelle der stehenden Heere.
8. Unentgeltlichkeit der Rechtspflege und der Rechtshilfe. Rechtspredung durch vom Volk gewählte Richter.
9. Unentgeltlichkeit der ärztlichen Hilfeleistung und der Heilmittel.
10. Stufenweise steigende Einkommen-, Kapital- und Erbschaftsteuer für die Bestreitung aller öffentlichen Ausgaben, soweit diese durch Steuern zu decken sind. Abschaffung aller indirekten Steuern, Zölle und sonstigen wirtschaftspolitischen Maßnahmen, welche die Interessen der Allgemeinheit den Interessen einer bevorzugten Minderheit unterordnen.

Zum Schutze der Arbeiterklasse fordert die Sozialdemokratische Partei Deutschlands:

1. Eine wirksame nationale und internationale Arbeiterschutzgesetzgebung auf folgender Grundlage:
 - a) Festsetzung eines höchstens acht Stunden betragenden Normal-Arbeitsdays.
 - b) Verbot der gewerblichen Arbeit für Kinder unter vierzehn Jahren.
 - c) Verbot der Nachtarbeit, außer für solche Industriezweige, die ihrer Natur nach, aus technischen Gründen oder aus Gründen der öffentlichen Wohlfahrt Nachtarbeit erheischen.
 - d) Eine ununterbrochene Ruhepause von mindestens 36 Stunden in jeder Woche für jeden Arbeiter.
 - e) Verbot des Trucksystems.
2. Ueberwachung aller gewerblichen Betriebe und Regelung der Arbeitsverhältnisse in Stadt und Land durch ein Reichs-Arbeitsamt, Bezirks-Arbeitsämter und Arbeitskammern.
3. Gleichstellung der landwirtschaftlichen Arbeiter und Diebstboten mit den gewerblichen Arbeitern. Beseitigung der Gefinde-Ordnungen.
4. Sicherstellung des Koalitionsrechtes.
5. Uebernahme der gesamten Arbeiterversicherung durch das Reich, mit maßgebender Mitwirkung der Arbeiter an der Verwaltung.

Anträge zum ersten Teil des Entwurfs des Parteivorstandes. Es beantragen die Genossen in Liegnitz, vor den Anfang: „Die Trennung der Arbeiter u. s. w.“, zu setzen:

„Die durch Raub, Volksbetrug und Usurpation entstandenen Ungleichheiten in den gesellschaftlichen Ar-

*) Drei andere Entwürfe von Parteigenossen werden wir in den nächsten Tagen veröffentlichen. D. R.

rechts- und Besitzverhältnissen der zivilisierten Nationen haben relativ und absolut mehr und mehr eine solche Größe erreicht, daß diese Verhältnisse im vollkommenen Widerspruch mit den Rechtsanschauungen der Völker und mit der Höhe der Kultur stehen, welche die menschliche Entwicklung bis jetzt gezeitigt hat. Insbesondere hinsichtlich der Produktion hat die Trennung der Arbeitenden von z. nach dem Entwurf, wobei das Wort „hat“ hinter „Gesellschaftsgliedern“ zu streichen ist.

Die Parteigenossen in Stettin: „In Absatz 1, zweite Zeile, hinter „Werkzeuge“ noch das Wort „Rohstoffe“ einzuschalten.

Walter May und Hermann Trilse in Leipzig: In Absatz 2 neben der geistigen auch die körperliche Verkümmern zu erwähnen.

Hermann Trilse: In Absatz 3 in der zweiten Zeile statt „Kapitalist“ „Großkapitalist“ zu sagen. In Absatz 4 die zwei letzten Zeilen zu streichen, resp. zu setzen: „... daß die Klasse der Aneigner der gesellschaftlichen Arbeitsmittel keine Fähigkeit zur wirtschaftlichen und politischen Führung besitzt, noch je besitzen hat.“

Dr. Benedikt Friedländer in Berlin: Die Absätze 4-6 zu fassen wie folgt: Das stetige Anwachsen des auf Ausbeutung fremder Arbeit beruhenden arbeitslosen Rentens - Einkommens der besitzenden Klasse bedeutet ökonomisch steigende Armut und zunehmende Konsumunfähigkeit der Massen und erzeugt so den immer ärger werdenden Zustand der Absatzstörung und wirtschaftlichen Krise. Diesem Zustand, der von Tag zu Tag unentzähllicher wird, und der Vernunft sowohl, wie der Gerechtigkeit Hohn spricht, durch Beseitigung seiner Ursachen ein Ende zu machen, und die Befreiung der Arbeiterklasse zu erringen, ist das Ziel und die Aufgabe der revolutionären Sozialdemokratie. Die sozialdemokratische Partei Deutschlands erstrebt daher mit allen dem natürlichen Rechtsbewußtsein entsprechenden Mitteln die Abschaffung des arbeitslosen Renteneinkommens (d. h. des Zinses, der Grundrente und des Unternehmerprofits), was nur durch Umwandlung der Arbeitsmittel — Grund und Boden, Bergwerke, Gruben, Maschinen und Werkzeuge, Verkehrsmittel — in Gemeineigentum der Gesellschaft und durch Umwandlung der privatkapitalistischen Produktion in sozialistische Produktion geschehen kann.

Die Parteigenossen des IV. Reichstags-Wahlkreises in Berlin: In Absatz 6 erste Zeile hinter „demgemäß“ einzuschalten: mit allen dem Rechtsbewußtsein des Volkes entsprechenden Mitteln die Umwandlung u. s. w.

Die Parteigenossen in Siegen: In Absatz 6 in der vierten Zeile hinter „in sozialistische Produktion“ anzufügen: „und zwar stellt sie in dieser Beziehung folgende Forderungen:

- a) Beseitigung aller Freiheit des Handels mit Grund und Boden; Oberbestimmung der Gesamtheit über den gesamten Landbesitz mit immobilien Zubehör;
- b) Aufhebung alles Zinswesens und aller Rechte auf kapitalistische Ausbeutung der städtischen und ländlichen Arbeit mittelst Umwandlung aller städtischen wie ländlichen Arbeits- und Verkehrsbetriebe in Genossenschaften mit demokratischer Organisation; c) Regelung und Organisation der gesamten Arbeits-, Erwerbs-, Handels-

und Verkehrsangelegenheiten durch Gesetze und Ueberführung aller wichtigen Arbeits- und Verkehrszweige und des gesamten Betriebs- und Verteilungswesens in unmittelbare, gesamtethische (staatliche, kommunale), demokratisch organisierte Verwaltung, d) Aufhebung aller privatunternehmerischen und individuellen Rechte auf Bestimmung der Verkaufspreise; e) Beseitigung aller naturwidrigen Ungleichheiten der Besoldung und Lohnung, der Honorare, Gehälter, oder wie immer der dem Einzelnen zustehenden Anteil am Gesamteinkommen der Gesellschaft heißen mag; f) Aufhebung aller Vorrechte der Geburt, des Mehrbesitzes, des Amtes oder Berufes und der Konfession in Angelegenheiten der Lohnung und der Arbeitszeit. Die Worte des Entwurfes: „eine Umwandlung zc.“ bis „verwirklicht wird“ sind zu streichen.

Der II. pfälzische Parteitag, abgehalten im Juli d. J. in Speyer: Den Absatz 7 zu streichen.

von Vollmar in Soiersatz: Dem Absatz 7 folgende Fassung zu geben: „Die wirtschaftliche Befreiung ist untrennbar von der politischen Freiheit.“ Im Absatz 8 die drei letzten Zeilen zu streichen.

Hermann Trilse in Leipzig: Im 6. Absatz zu sagen: Die Befreiung der Arbeiterklasse kann nur das Werk der politisch und gewerkschaftlich organisierten Arbeiterklasse sein u. s. w.

Walter May in Leipzig: Dem Absatz 8 folgende Fassung zu geben: Die Befreiung der Arbeiterklasse kann nur das Werk der Arbeiterklasse selbst sein, der gegenüber allen anderen Klassen und Parteien nur eine reaktionäre Masse sind, indem sie alle auf dem Boden des Kapitalismus stehen zc.

von Vollmar: Dem Absatz 9 folgende Fassung zu geben: „Die Befreiung der Arbeiterklasse ist eine soziale Aufgabe, an welcher die Arbeiter aller Länder mit kapitalistischer Produktionsweise beteiligt sind. Die deutsche Sozialdemokratie ist sich des dadurch bedingten internationalen Charakters der Arbeiterbewegung bewußt und entschlossen, alle hieraus erwachsenden Pflichten zu erfüllen.“

Walter May: Im Absatz 10 in der zweiten Zeile an Stelle des Wortes „und“ hinter dem Komma zu setzen „also“.

Hermann Trilse: Im Absatz 10 in der ersten Zeile das Wort „neun“ zu streichen.

Die Liegnitzer Genossen: Den 11. Absatz zu streichen und an dessen Stelle zu setzen: „Zum Zwecke der Ueberführung der gegenwärtig bestehenden Produktions- und Rechtsverhältnisse in die einer sozialdemokratischen Gesellschaftsorganisation tritt die sozialdemokratische Partei Deutschlands gegenwärtig für folgende Forderungen ein.“

Anträge zum zweiten Teil des Entwurfes des Parteivorstandes. Hugo Lande in Elberfeld beantragt: Der Parteitag wolle der zweiten Hälfte des Parteiprogramms folgende Fassung geben: II. Die sozialdemokratische Partei Deutschland fordert deshalb: 1. Sozialisierung der vorhandenen Großbetriebe (in Landwirtschaft, Industrie, Handel und Verkehrsgewerbe). Expropriation der Eigentümer beziehungs-

weise Unterdrückung der Staatschuld. 2. Expropriation des städtischen Grundeigentums. 3. Wahl sämtlicher Beamten durch das Volk und auf Zeit. 4. Auflösung des stehenden Heeres; Bewaffnung aller Wehrfähigen, Formierung derselben nach kommunalen Verbänden unter selbstgewählten Führern. 5. Einheitschule mit theoretischem und praktischem gewerblichen Unterricht. 6. Erhaltung aller Arbeitsunfähigen (Invalide, Kranke, Greise, Kinder, Schwangere) durch die Gesellschaft.

III. Im Interesse der friedlichen Entwicklung fordert die sozialdemokratische Partei die Milderung der herrschenden politischen und wirtschaftlichen Unterdrückung der Arbeiterklasse durch sofortige Durchführung folgender Maßnahmen: 1. Allgemeines gleiches, direktes und geheimes Wahl- und Stimmrecht in Reich, Staat und Gemeinde. Proportional-Wahlssystem. Die Wahltage sind Feiertage. Entschädigung der Gewählten. 2. Wie 3 des Entwurfes. Einjähriger Militärdienst. 2. Weisheit des Militär-Strafverfahrens. Verweisung aller nicht militärischen Vergehen sowie der Dienstvergehen gegen Untergebene vor Zivilgerichte. 3. Wie 5 des Entwurfes. 4. Wie 4 des Entwurfes. 5. Berufung in allen Strafsachen. Entschädigung der unschuldig Verurteilten und Verhafteten. Verweisung der politischen und Preßprozesse vor Geschworene. Bildung der Liste der Geschworenen durch öffentliche Wahl. Entschädigung der Gewählten. 6. Obligatorischer Besuch der Volksschule. Vermehrung der Zahl der Lehrer, Verbesserung ihrer Vorbildung und Erhöhung der Gehälter. Obligatorischer Fortbildungsunterricht bis zum 18. Jahre. 7. Wie 10 des Entwurfes. 8. Die Schulforderungen des Entwurfes, darunter:

- zu 5. Ausdehnung der Krankenversicherung auf die Zeit der Arbeitslosigkeit und auf die Familienglieder der Arbeiter;
- ferner 6. Gesetzliche Festsetzung erhöhter Armenpflege. Recht auf Armenpflege. Abschaffung der an die Unterstützung geknüpften politischen Nachteile.

Zu Ziffer 1 beantragen: v. Vollmar: Allgemeines, gleiches, unmittelbares Wahl- und Stimmrecht mit geheimer Stimmabgabe aller mündigen Reichsangehörigen ohne Unterschied des Geschlechtes für alle Wahlen und Abstimmungen. Neueinteilung der Wahlkreise nach jeder Volkszählung. Einführung der Proportional-Vertretung. Festsetzung der Wahlen und Abstimmungen auf einen Sonn- oder Feiertag. Entschädigung für die gewählten Vertreter.

Parteigenosse P. in Berlin: Für Einführung des Proportional-Wahlsystems zu setzen: „Einführung eines Wahlsystems, nach welchem jede abgegebene Stimme Geltung haben soll, — des Proportional-Wahlsystems.“

Heinr. Vogel in Dresden folgenden Zusatz: „Des aktiven und passiven Wahlrechts gehen nur wegen gemeiner Verbrechen in Untersuchungs- oder in Strafhaft befindliche Personen verlustig.“

Die Parteigenossen in Bielefeld und Augsburg die Ausnahme der Forderung zweijähriger Legislaturperioden.

Reb Abraham.

Novelle aus dem Leben der Chassidim.
Von Kasimir Kasemann.

10) (Nachdruck verboten.)

Wenn die anderen, obgleich sie von Hunger und Kälte in ihrer Stube litten, mit Gesang und Frohsinn sich den Kummer vertrieben, der an ihnen nagte, sah er ernst und still da und trocknete sich verstoßen die Tränen ab. Es gab Augenblicke, wo eine Schwärmerei ihn überkam und er sich selber laut tröstete, der Vater würde ihm verzeihen, wenn er nur erst sein Ziel erreicht hätte. Nie kam aber ein Wort der Klage oder des Vorwurfs über seine Lippen.

„Gott, Gott!“ flammelte Abraham in rasendem Schmerz die Hände ringend, daß die Finger in den Gelenken krachten. „Gott, Du Allmächtiger!“

Die Verzweiflung trieb wieder ihr wildes Spiel mit dem Armen.

„Und Ihr, Ihr Christen habt Euch seiner angenommen?“

„Wer hätte ihn nicht hoch schätzen müssen! Alle loben es, die ihn kammern,“ rief der erste Jüngling.

„Wir lebten ja wie Brüder miteinander!“

Reb Abraham vergrub die Stirn in beide Hände. In dieser Stunde sah er nicht mehr den Sohn vor sich, der ein Leben wider die Gottesgesetze und die Tradition geführt, bei Menschen, die er immer als die hartnäckigsten Feinde betrachtet hatte, gewahrte er plötzlich so viel Liebe, Mitgefühl und gemeinsamen Schmerz, daß innigste Nahrung ihn überkam und er sie an die Brust hätte drücken können.

„Herr Chajkes,“ hob nun der ältere Kamerad an, indem er auf den Chassid zuschritt, „es führt uns jetzt ein Anliegen, eine Bitte zu Ihnen. Wollen Sie uns Gehör schenken? In einer Stunde soll die Beerdigung Gabriels stattfinden. Es ist bei Euch, bei gläubigen Juden so Gebrauch. Lassen Sie diese für zwei Tage aufschieben, wir bitten Sie darum innig, von Herzen. Es widerspricht unserm Menschengefühl, einen Freund, dessen Körper noch nicht kalt geworden, so unverzüglich in das Grab geworfen, ihn den Wärtern zum Fraß preisgegeben zu wissen, der doch vor wenigen Stunden noch unter uns gelebt.“

Ein bitterer Krampf flog über das Antlitz Abrahams.

„Nun, da Alles bereits verloren,“ war seine Antwort, „jetzt soll ich meine Gesinnung ändern? Nein!“ rief er herben Tones, „ich bin ein guter Jude gewesen und bleibe ein solcher bis zum Tode! Keinen Schritt will ich weichen, nicht um eines Haares Breite.“

Die jungen Freunde Gabriels verließen den Chassid, der eine mit einem Worte der Berachtung, der andere mit einem solchen des Mitleids, während den Alten wirte Gedanken mit erneuertem Ungehum pachten.

Der Buchhalter trat herein. Er nahm Abraham unter den Arm und führte den fast Unspannungslosen zum Leichenbegräbnis. Mit Anwendung aller Geisteskräfte preßte Abraham die Zähne aufeinander und bemühte sich, ruhig und würdevoll zu erscheinen. Stumm mit Starr auf den Boden geheftetem Blick wandte er hinter den vier Brettern, die mit einem Strich umwunden, den Leichnam seines einzigen Sohnes ver-

bargen.*) Es betrauerte ihn Niemand, Niemand vergoß eine Träne und still bewegte sich der düstere Zug um den jüdischen Friedhof zu. Die frommen Chassidim bekundeten laut ihre Freude an dem Untergang eines Abtrünnigen, welchen offenbar der strafende Arm Gottes ereilt hatte; viele auch freuten sich bei dem Gedanken, daß nunmehr das Vermögen Abrahams gänzlich ihrer religiösen Bruderschaft zufallen werde. Der unglückselige Vater hörte diese Stimmen, er ahnte sie. — Das also war das Ende seiner Träume und seiner Hoffnungen? All seine Arbeit und das Denken seines ganzen Lebens gehen jetzt in den ewigen Abgrund und kein Herzenswiederklang, kein Ton des Mitgefühls in der großen Schar der Seinigen! Zerschmettert ist dieser junge, hübsche Baum — und warum? Weil er zum mächtigen Stamme aufwachsen, die Früchte unter Alle verteilen, die Müden mit seinem Schatten kühlen wollte. Darum . . . O, Jehova, Jehova!“

Man hatte den Leichnam in das Grab herabgelassen. Der Sitte gemäß begannen die Anwesenden die Mechilla**) zu murmeln: „Gabriel, vergieb mir, ich bitte Dich zum ersten, zum zweiten und dritten Mal, all das Unrecht und Unbill ab, das ich Dir je zugefügt habe.“

Abraham war's, als müsse ihm das Herz zer-springen. Die leeren Formeln und die Stimmen, welche den Toten um die Vergebung der an ihm begangenen Sünden anriefen, dächten ihm wie ein Ge-

*) Die Toten werden bei den orthodoxen Juden nur in Leintuch gemildert herrbildigt.
**) Totenbitt.

Die Parteigenossen in Zeitz die Forderung „ein-jähriger Wahlen“.

Die Parteigenossen in Altona und Kant in Rostock Proklamierung des Wahltags zu einem Feiertag.

Die Genossen in Bromberg: „Alle Wahlen sollen am Sonntag stattfinden.“

Zu Ziffer 2 beantragen: Die Genossen in Rößler und Bernau: Beibehaltung der bisherigen Programmforderung in Bezug auf die direkte Gesetzgebung durch das Volk.

Die Genossen Stadthagen, Berlin, G. Vogel, Dresden und Kant, Rostock: „die Wahl aller Beamten durch das Volk und die zivilrechtliche und strafrechtliche Verantwortlichkeit der Beamten für von ihnen begangene Handlungen und Unterlassungen.“

Zu Ziffer 3 beantragen: Die Genossen in Bernau, Herlohn, des III. Hamburger Wahlkreises, sowie Hermann Trilse, Arthur Stadthagen und Kant: „Entscheidung über Krieg und Frieden durch das Volk.“

Die Genossen des IV. Berliner Wahlkreises und der II. pfälzische Parteitag: „Abhängigkeit des stehenden Heeres. Erziehung zu allgemeiner Wehrhaftigkeit.“

Streichung der Ziffer 7. von Vollmar: Die Worte „Errichtung eines internationalen Schiedsgerichts“ zu ersetzen durch: „Schlichtung internationaler Streitigkeiten auf schiedsgerichtlichem Wege.“

Zu Ziffer 4 beantragt: Hermann Trilse den Zusatz: „Abhängigkeit aller der Humanität widersprechenden Strafanwendungen.“

Zu Ziffer 5 beantragen: Die Genossen in Stuttgart Streichung der Ziffer 5.

von Vollmar: „Erklärung der Religion zur Privatsache. Abschaffung aller Aufwendungen aus öffentlichen Mitteln zu kirchlichen Zwecken. Die religiösen Gemeinschaften sind als private Vereinigungen zu behandeln, welche ihre Angelegenheiten vollkommen selbstständig ordnen.“

Die Genossen in Bromberg und Tutzingen Beibehaltung des alten Programmsatzes: „Erklärung der Religion zur Privatsache.“

Arthur Stadthagen den Zusatz: „Trennung der Kirche vom Staat und Erklärung der Religion zur Privatsache.“

Zu Ziffer 6 beantragen: Die Parteigenossen in Köln: „Unentgeltlicher wissenschaftlicher Unterricht in den Volksschulen und allen Bildungsanstalten. Unentgeltlichkeit der Lehrmittel; Unabhängigkeit der Lehrer. Ausschluß der religiösen Lehren und Übungen.“

Die Genossen des IV. Berliner Wahlkreises und der Klub „Süd-Ost“ in Berlin: „Weltliche Erziehung der Jugend durch Staat und Kommune. — Unentgeltlichkeit des Unterrichts und der Lehrmittel in allen öffentlichen Bildungsanstalten.“

Die Genossen in Herlohn: Statt „Weltlichkeit der Schule“ zu setzen: „Abhängigkeit der Religion aus allen öffentlichen Schulen.“

von Vollmar: „Weltlichkeit aller öffentlichen Schulen. Unentgeltlichkeit des Unterrichts und der Lehrmittel. Schulpflicht für Volks- und Fortbildungs-

schule bis zum 14. bzw. 18. Jahre. Unterhalt bedürftiger Kinder aus öffentlichen Mitteln.“

G. Vogel: „Weltlichkeit der Schule. Obligatorischer Besuch der einheitlichen öffentlichen Volksschule. Unentgeltlichkeit des Unterrichts und der Lehrmittel an diesen und an allen höheren Bildungsanstalten.“

Louis Stöckel, Fabrikweber, Regisbrunn: „Vollständige (leibliche und geistige) Erziehung auf Kosten der Gesamtheit in einer Schule, die zu besuchen alle eine bestimmte Zeit verpflichtet, sowie auf Grund ihrer Fähigkeiten ohne Unterschied des Geschlechts, bis zu den höchsten Klassen berechtigt sind. Lehrweise und Lehrstoff der Schule sind stets mit den jeweiligen Ergebnissen der Wissenschaft in Übereinstimmung zu bringen.“

Arthur Stadthagen den Zusatz: „Die Zugänglichkeit aller Unterrichtsanstalten Allen.“

Zu Ziffer 8 beantragen: Die Genossen in Zeitz folgende Fassung des zweiten Satzes: „Rechtssprechung durch vom Volke gewählte und vom Volke absehbare Richter — Entschädigung unschuldig Inhaftierter, Verurteilter und Angeklagter — Haftbar-machung der Beamten für die durch ihre Schuld entstandenen Fälle.“

Die Genossen des III. Hamburger Wahlkreises den Zusatz: „Entschädigung für unschuldig Inhaftierte und Verurteilte. Öffentliches Verfahren bei den Militärgerichten.“

Die Genossen in Altona, Bromberg, Stuttgart, Weisensfeld, Weimar und des I. Hamburger Wahlkreises, sowie Kant-Rostock den Zusatz: „Unschuldig verurteilte und in Untersuchungshaft gezogene Personen sind vom Staate zu entschädigen.“

Die Genossen in Chemnitz den Zusatz: „Volle Verantwortlichkeit aller öffentlichen Behörden und Richter, sowie volle Entschädigung unschuldig Verhafteter und Verurteilter.“

Arthur Stadthagen den Zusatz: „Aufhebung des Anwaltszwanges und Entschädigung für unschuldig Angeklagte, Verhaftete oder Verurteilte.“

Heinrich Vogel den Zusatz: „Strenge Durchführung der Rechtsgleichheit für alle Klassen von Staatsbürgern.“

v. Vollmar den Zusatz: „Haftbarkeit der Beamten für die Gesetzmäßigkeit ihrer Handlungen und für schuld-bare Irrtümer. Entschädigung unschuldig Verhafteter und Verurteilter. Abschaffung der Todesstrafe.“

Zu Ziffer 9 beantragen: von Vollmar: „Ge-sehliche Sicherung einer auskömmlichen Armenpflege und Ueberweisung derselben an größere Landesverbände. Abschaffung der an die Armenunterstützung geknüpften Entziehung politischer Rechte.“

Heinrich Vogel: „Unentgeltliche Versorgung der ärztlichen Hilfeleistungen, der Heilmittel und, wenn nötig, auch der Stärkungsmittel durch das Reich.“ — „Dauernde Ueberwachung der Wohnungen seitens an-gestellter Aerzte, sowol in Bezug auf ihren gesundheit-lichen Zustand, wie auf die Zahl ihrer Bewohner.“

Zu Ziffer 10 beantragen: v. Vollmar: „Eine einzige, stufenweise steigende Einkommensteuer zur Be-streitung aller öffentlichen Ausgaben. Abschaffung aller

indirekten Steuern, Zölle und sonstigen wirtschafts-politischen Maßnahmen, welche den Interessen einer bevorzugten Minderheit zu dienen bestimmt sind. Aus-giebige Besteuerung der Erbschaften, welche im Maße abnehmender Verwandtschaft zu steigen hat.“

A. Stadthagen: „Statt „stufenweise steigende Ein-kommen-, Kapital- und Erbschaftsteuer“ zu setzen: „stufenweise unter Berücksichtigung der Art des Erwerbes steigende Einkommensteuer.“

Die Genossen in Stuttgart beantragen, im zweiten Teil des Programms die Forderung aufzunehmen: „Der Staat hat, ohne Beeinträchtigung der politischen Rechte, allen Notleidenden aus Staatsmitteln aus-reichenden, den heutigen Kulturverhältnissen entsprechenden Unterhalt zu gewähren.“

Genosse P. in Berlin beantragte Aufnahme der Forderung: „Einführung des Zonen-tarifs für Eisenbahn-fahrten nach der sozialen Idee der Entdecker.“

Anträge zum dritten Teil des Entwurfes des Parteivorstandes. Zu 1a beantragen: v. Vollmar: „Festsetzung eines den jeweiligen Produktionsbedingungen entsprechenden und mit deren Entwicklung sich ver-zin-bernden Normal-Arbeitstages.“

Die Genossen in Bernau und des dritten Ham-burger Wahlkreises: „Ein den Gesellschaftsbedürfnissen entsprechender Normal-Arbeitstag.“

Der zweite Pfälzische Parteitag: „Festsetzung eines achtstündigen Maximal-Arbeitstages.“

C. Wendt in Penzlin: „Einführung eines Normal-Arbeitstages, dessen Dauer die Gesundheit der Arbeiter in keiner Weise schädigt und die Produktion mit den Bedürfnissen der Bevölkerung so viel als möglich in Einklang bringt. Eine tägliche Arbeitszeit von höchstens acht Stunden erscheint zur Zeit in den meisten Geschäfts-betrieben für vollkommen ausreichend.“

Zu 1b beantragen: Die Genossen des 3. Ham-burger Wahlkreises: „Verbot der gewerblichen und länd-lichen Arbeit für Kinder unter 14 Jahren.“

Die Parteigenossen des 1. und 2. Hamburger Wahlkreises den Zusatz: „und aller der weiblichen Kon-sultation unzutraglichen Frauenarbeit.“

Hermann Trilse: „Verbot aller den Organismus schädigenden Kinderarbeit unter 14 Jahren.“ — Ferner Aufnahme eines Passus, in welchem die wirtschaftliche Gleichberechtigung der Frau mit dem Mann klar und bestimmt ausgedrückt wird.

Der Klub Südost und Arthur Stadthagen in Berlin: „Für Kinder von 14—18 Jahren darf die Arbeitszeit höchstens 6 Stunden betragen.“

Zu 1d beantragen: Die Genossen in Herlohn: „die Ruhepausen auf 40 Stunden festzusetzen.“

P. in Berlin: Statt „für jeden Arbeiter“ zu sagen: „für jeden für Lohn, Gehalt oder Kost Arbeitenden.“

Zu 1e beantragt: von Vollmar: „Auszahlung des vollen Lohnes in Baar und in festzustellenden kürzesten Fristen.“

P. in Berlin beantragt weiter aufzunehmen: f) Re-gelung der Lehrlingsfrage, namentlich der Kaufleute, um

spött, wie schmähliche Verhöhnung. Er öffnete den Mund, den Kadosch*) zu verrichten, bewegte die Lippen und — stürzte am Rande des gähnenden Grabes zu Boden.

Denselben Abend noch saß er über dem Buche Hiob und tat Buße.**). Sein Auge war verschleiert, dessen Glanz erloschen, das Haar war vollständig weiß. Die schmerzlichen Verse des Buches Hiob marterten sein Hirn. Er ließ das Buch zu Boden fallen und versuchte die Gedanken über einen Punkt der Mysch-najos (Traktat) zu sammeln, doch verloren sich seine Gedanken in dem Labyrinth der Dogmen, über deren Sinn er sich nicht klar zu werden vermochte. Er fuhr in die Höhe und ging ruhelos, gesenkten Hauptes im Zimmer umher. Er starrte in das Fenster, hielt wieder bei der Tür inne, aber er sah nur in eine Leere, wo-bei ein sonderbares Flimmern seine Augen blendete.

„Dahin, dahin auf immerdar!“ entrang es sich endlich wie dumpfes Stöhnen aus seiner Brust. „Alles verloren, verloren um nimmer wiederzukehren!“

Er zog aus der Tasche einen Brief. Es war ein Schreiben Gabriels, welches der Sohn vor einigen Jahren an ihn gerichtet. Er hat darin um Mitleid und Erbarmen. „Habe Rücksicht, Vater,“ heißt Gabriel in dem Briefe, „bedenke, daß ich kein Kind

bin, auch kein Frevler, der fremde Leiden ausnützen wollte, um seine eigennützigen Ziele zu erreichen. Keine glänzende Zukunft steht mir bevor. Ich weiß es!“ rief der Jüngling, „ich bin mir meines Thuns und Handelns bewußt, ich verlasse den Wohlstand, die Behaglichkeit, die Zukunft, Dich Vater verlasse ich sogar, allein für mich werde ich nichts finden. Ich verlange nichts für mich. Sowie die Menschen Gott lieben, obgleich seine Prüfungen sie hart treffen, habe ich die Wissenschaft und das mir gesteckte Ziel lieb gewonnen. Um diejenigen ist es mir zu tun, welche arm, unglücklich und geistig verkümmert, wie Maulwürfe im Dunkeln ihr Leben fristen, wohin die Sonne niemals ihre wohlthuenden Strahlen sendet; bedauernswert sind die Armen, denn sie zerran an den Wurzeln nützlicher Pflanzen zum Nachteil der Muttererde, denn sie kennen weder das Licht noch die Wärme der Sonne.“

So hatte Gabriel einst geschrieben. Abraham überflog den Brief, die Buchstaben tanzten vor seinen Augen und fielen wie glühende Kohlen auf sein Gewissen und sein Herz, und flossen wie brennende Lava mit dem kreisenden Blute durch seine Adern. Jetzt empfand er nicht mehr jenen entsetzlichen Schmerz, der des Morgens sein ganzes Wesen gefoltert, er fühlte einzig ein dumpfes Sieden in der Brust; ein Gefühl, wie wenn man Nadeln in seinen ganzen Körper steche, seinen Geist umflorte dunkel eine Art Lähmung, schien seine letzten Kräfte zu verzehren und verletzete ihn in einen Zustand namenloser Verzweiflung und Raserei. Nehmlich tobt ja in dumpfen Draußen nach einem wütenden Sturm, nach Blitzen und Donnern das

Gewitter auf dem Felde und spielt mit den Blumen und Aesten, die der Sturm gebrochen, in der Luft umher, und verhüllt mit Staubwolken den ganzen Horizont, daß es stöhnt in den Lüften in traurigem, markerschütterndem Tone.

Abraham brückte zu wiederholtenmalen den Kopf, der ihm zu zerspringen drohte, mit beiden Händen, er warf dann wieder die Arme breit auseinander und seine Brust arbeitete dabei so schwer und tief, daß der Atem wie ein ununterbrochenes Seufzen und Keuchen klang. Er vermochte sich nicht zu fassen. Endlich nahmen seine Qualen über alles die Oberhand und er hatte — etwas unerhörtes — zum erstenmal im Leben mit vollem Bewußtsein eine Sünde begangen. Er beneigte ein Tuch mit kaltem Wasser und preßte es mehrmals an die Stirn, was an Tagen der Buße das Gesetz den Juden verbietet.

Die Kühle hat ihn einigermaßen zur Besinnung gebracht. Er setzte sich am Tische nieder. Mit der Geistesgegenwart kehrte jedoch das Bild des Sohnes wieder in sein Gedächtnis zurück. Der Schmerz tobte rasender. Die wandende Gestalt Gabriels tauchte in der dämmerlichen Stube auf. Da steht er, da streckt er ihm die Hände entgegen und fleht um Gnade und Erbarmen. . . . Abraham stürzt aber über ihn. . . . tötet den Sohn, den einzigen und ein gräßlicher Fluch schallt in der Stube. . . .

Er zittert an allen Gliedern. Das Blut erstarrt in seinen Adern, der Blick irrt wirt umher und bleibt auf dem Myzroch an der Wand haften.

(Fortsetzung folgt.)

*) Das Gebet für die Gestorbenen.

**) Während acht Tagen nach dem Tode eines Familienmitgliedes verbietet der Talmud den Juden, mit etwas sich zu befassen. Die Buße ist bei den fanatischen Chasidim mit einer sehr strengen Regel verbunden. Sie beten die ganzen Tage hindurch, fasten zc.

der gewerbanäßig gewordenen Ausnutzung von Lehrkräften vorzubeugen.

Zu Ziffer 2 beantragen: Die Genossen des 1sten Hamburger Wahlkreises hinter Arbeitskammern hinzuzufügen: „welche aus allgemeinen, gleichen und direkten Wahlen hervorgehen.“

Der Klub „Süd-Ost“ in Berlin: in der ersten Reihe hinter „Arbeitsverhältnisse“ zu setzen: „insbesondere Hausindustrie.“

Zu Ziffer 3 beantragen: von Vollmar: „Rechtliche Gleichstellung der landwirtschaftlichen Arbeiter und der Dienstboten mit den gewerblichen Arbeitern; Beseitigung der Gefinde-Ordnungen.“

Der Klub „Süd-Ost“ in Berlin den Zusatz: „Gleicher Lohn der männlichen und weiblichen Arbeiter, wenn sie gleiche Arbeit verrichten.“

Zu Ziffer 5 beantragen: Die Genossen des 3ten Hamburger Wahlkreises den Zusatz: „Staatliche Unterstützung der Arbeitslosigkeit.“

Zum dritten Teile beantragte weiter: Richard Bizinsky, Leipzig: Es soll ausgesprochen werden, daß alle Sonderbestimmungen für Handlungs-Gehilfen im gewerblichen Leben mit aufgehoben werden.

N. Stadthagen beantragt: „Zum Schutz der persönlichen Freiheit des Arbeiters die Aufhebung aller Bestimmungen, welche für den Fall der Nichtannahme des Arbeitsvertrages seitens dessen, der seine Arbeitskraft verdingt hat, Nachteile für den Arbeiter festsetzen.“

Die Genossen in Bielefeld beantragen Aufnahme folgender Forderungen: „Regelung der Gefängnisarbeit in der Weise, daß in denselben nur für den eigenen Bedarf gearbeitet wird.“

Die in Weimar: „Verbot der, die freien Arbeiter schädigenden industriellen Zucht- und Gefangenens-Arbeit.“

Sozialpolitische Rundschau. Deutschland.

Der Reichstag wird am 10. November seine Arbeiten wieder beginnen und bis zum Januar allein tagen, da in dieser Zeit erst die Verhandlungen des preussischen Landtags eröffnet werden, der verlagert bleibt bis dahin. Die Ausschüsse des Bundesrats treten in allernächster Zeit zusammen, um den Etat aufzustellen. Die Mehrforderungen für das Heer kommen nicht im Etat, sondern später erst auf das Tapet. Eine bedeutende Vermehrung des (jetzt auf 48 000 sich belaufenden) Dispositionsfonds wird gefürchtet, da der Welfenfonds nicht mehr in alter Ausgiebigkeit benutzt werden soll. — Man will Geld haben, um nach Regelung der Welfenfondsfrage im preussischen Landtag nicht auf dem Trocknen zu sitzen aus Mangel an Gehemgelbern.

Der sozialdemokratische Parteitag zu Erfurt wird sich der „Nachbarschaft“ eines nationalliberalen Parteitages zu erfreuen haben. Derselbe soll für die Thüringischen Lande am 18. d. M. in Eisenach abgehalten werden. Hoffentlich kommt Hans Blum auch, um über die Beratungen und Beschlüsse unseres Parteitages seinen „vernichtenden“ sogenannten „Geist“ kommen zu lassen. Nur heran, Herr Hans, man muß das Eisen schmieden, wenn's warm ist.

Nichtig, er kommt, der „Lügen“-Hans! Da lesen wir: „Als Redner werden Djan-Darmstadt, Büchlin-Karlsruhe, Mener-Heidelberg, Zeit-Weinigen, Hans Blum-Leipzig, Reichstags-Abgeordneter Besigel-Erfurt aufstehen.“

Das wird heiter werden! Die Reichstags-Erntewahl für den Wahlkreis Friedland-Gerbauten-Rastenburg ist auf den 21. Novbr. festgesetzt worden.

Der Kampf ums Brot an den Grenzen. Man schreibt der „Zgl. R.“, die gleich nach dem Inkrafttreten des Roggenausfuhrverbots in den der Grenze näher gelegenen Orten Lurlands begonnene Ausfuhr von gebadenem Brot nach Preußen habe nun schon für dortige Verhältnisse einen beträchtlichen Umfang erreicht. In letzter Zeit wurden zur Ausfuhr übrigens noch andere Lebensmittel, vorzugsweise Kartoffeln hinzugenommen. Es kommen auch zahlreiche preussische Händler herüber zum Aufkauf von Lebensmitteln auf verschiedenen lurländischen Märkten, was unter den einheimischen Konsumenten heftige Erbitterung hervorruft. Sehr häufig fanden Krawalle zwischen den Parteien auf den Märkten statt. Seitens der am empfindlichsten getroffenen ärmeren städtischen Bevölkerung ist, nachdem jetzt auch die Kartoffeln aufgekauft werden, ein Gesuch an den russischen Finanzminister gerichtet, wenigstens die Ausfuhr dieses Nahrungsmittels zu verbieten.

Wahl zum Erfurter Gewerbegericht. In allen Wahlgängen zusammen wurden zwei Drittel sämtlicher Wähler (Arbeiter und Unternehmer) nach den Vorschlägen der Sozialdemokratie gewählt. Der sozial-

demokratische Vertrauensmann Böhm, welcher selbstständiger Konfektionschneider ist, erhielt in seiner Gruppe als Unternehmer die meisten Stimmen. Von 22 Beisitzern aus den Reihen der Unternehmer sind neun Sozialdemokraten. Hätte unsere Partei mehr Kandidaten für letztere Klasse gehabt, sie hätte noch mehr Siege im Gewerbegericht errungen. Die Parteigenossen, welche in Erfurt im Vordergrund der modernen Arbeiterbewegung stehen und wählbar waren, sind sämtlich gewählt worden. Wir haben also auch hier einen glänzenden Sieg errungen.

Die Schlägerei in Buer in der Nacht vom 20. und 21. September hat, wie mitgeteilt, den „staats-erhaltenden“ Blättern dazu gebietet, ihre Lügenkunst einmal wieder in hervorragendem Maße zu zeigen. Es kennzeichnet jene Pressegelehrten, daß sie kurzer Hand den Hauptübeltäter Nid, der stets der ultramontanen Partei angehört hatte, zum Sozialdemokraten stempelte und dann nach bekanntem Muster die ganze Schlägerei der sozialdemokratischen Partei aufs Kerbholz zu setzen versuchten. Wir haben dies Benehmen bereits genügend gekennzeichnet; es ist eben solchen Leuten durchaus würdig, die mit ihren „geistigen Waffen“ längst Bankrott machten, wenn sie deren überhaupt je besaßen. Heut teilen wir zur Ergänzung noch folgenden Protest, an die Redaktionen der „Dortmunder Ztg.“ und der „Tremonia“, welche das Lügenpiel begonnen hatten, mit, welcher in einer Parteiversammlung am 24. September in Dortmund beschlossen wurde:

„Im Auftrage der sozialdemokratischen Parteiversammlung vom 24. d. Mts. im Zimmermannschen Lokale hier selbst erheben wir gegen die offenbar gehässige tendenziöse Weise, in welcher in der „Dortmunder Zeitung“ und in der „Tremonia“ über die Vorgänge in Buer in der Nacht vom 20. zum 21. ds. Mts. berichtet wird, Protest, welchen wir nachstehend begründen:

Während in den Blättern zunächst nur von einer „großartigen Schlägerei“ die Rede war, bei welcher doch beiderseitig Schläge ausgeteilt sein mußten — erschien in der „Volkszeitung“ zu Buer ein vom 21. vorigen Monats datierter Artikel über eine „schändliche Greuelthat“ und „blutigere Frevelthat“, welche etwa ein Duzend Sozialdemokraten „mit roten Schlippen und wütenden Blicken“ an friedlich (?) gesinneten Mitbürgern (Krieger- und Landwehr-Vereinslern) verübt haben sollten, und zwar — nachdem sie sich auf die Lauer gelegt hätten — „wie blutigere Tiger mit scharf geschliffenen Dolch- und anderen Messern.“

Der Artikel, welcher von gruseligen Schlagwörtern förmlich strotzt, hat sofort Aufnahme in die „Dortmunder Zeitung“, in die „Tremonia“ und in viele andere gegnerische Blätter gefunden, obschon der Verfasser seinem Artikel den Stempel der Verlogenheit selbst aufgedrückt hatte durch die Behauptung, daß „so viel man von der Voruntersuchung vernommen habe, dieser graufige Ueberfall aus reinem sozialdemokratischem Klassenhass hervorgegangen sei.“ — Wann und von wem hat denn diese fabelhafte „Voruntersuchung“ stattgefunden?

Ferner: Wie war es möglich, daß in dem Befinden des verletzten Gillinghaus schon gegen Abend des 21. d. Mts. eine Besserung eingetreten war, wenn „sein ganzer Kopf mit Schnitten bedeckt war“ und er auch „noch dazu eine tiefe Stichwunde in die Seite erhalten hatte?“

Es ist sonnenklar, daß der Verfasser des Artikels „aus reinem Klassenhass“ gegen die Sozialdemokraten oder auch zum Schutze der Urheber der „Schlägerei“ in Buer bejehret gewesen ist, den wahren Sachverhalt zu verdunkeln, um die Richter in Münster zu beeinflussen und auf Irrwege zu leiten. — Das wird ihm nicht gelingen! Vielmehr wird die unparteiische gerichtliche Untersuchung ergeben, daß auch in Buer die Folgen der Verhätzung verschiedener Volksklassen durch die Subdignitäts-Blätter in Münster mit ihren „Dreißstegeln“ und „Rängen am Lambert-Turme“ — sowie des protestantischen Pastors Iskraut in Spenge u. i. w. — die Ursache der bedauerlichen „Schlägerei“ gewesen sind, wie es unzweifelhaft in Camen, Umma-Königsborn, Gisleben, Forst bei Aachen, Spenge u. i. w. der Fall gewesen ist.

Es erfordert das Gerechtigkeits-Prinzip, daß mit derselben Promptheit, wie sie in der Buerer Angelegenheit gehandhabt ist, gegen alle Volksverhäter eingeschritten wird, welche offen, frank und frei zu Gewalttätigkeiten gegen Sozialdemokraten anfordern, wenn diese lediglich ihre verfassungsmäßig gewährleisteten staatsbürgerlichen Rechte ausüben wollen. Die bezeichneten ultramontanen, protestantischen und sonstigen Volksverhäter heißen jedenfalls das Privilegium nicht,

offen und ungestraft den allgemeinen Bürgerkrieg zu prebigen.

Schließlich erheben wir energischen Protest gegen die infame Beschuldigung, daß wirkliche „Sozialdemokraten“ aus „reinem Klassenhass“ Mitmenschen töten oder lebensgefährlich mißhandeln könnten. Wenn die Sozialdemokraten beim Versagen der bekanntlich völlig errosteten „geistigen Waffen“ der Gegner von diesen tatsächlich angegriffen werden, dann sind sie nach dem § 53 des Strafgesetzbuches für das Deutsche Reich vollständig berechtigt, sich zu wehren.

Wir ersuchen die Redaktion der „Dortmunder Zeitung“ und der „Tremonia“ um Veröffentlichung dieses Protestes.

Dortmund, 26. September 1891. Das Bureau der sozialdemokratischen Versammlung vom 24. September.

J. A.: C. W. Tölcke, Vorsitzender. Arbeiterbewegung.

Eine Konferenz der Konfektionschneider Deutschlands findet in Berlin am Sonntag den 25. und Montag den 26. Oktober im Lokale der Arminshallen, Kommandantenstraße 20, mit folgender Tagesordnung statt: 1. Bericht über die wirtschaftliche und soziale Lage der Konfektionsarbeiter und Arbeiterinnen. 2. Agitation, und wodurch können wir die Konfektionsarbeiter für die Organisation des deutschen Schneider- und Schneiderinnenverbandes gewinnen?

Bei dem zentralen Charakter, den die Konfektionsarbeit einnimmt, und bei der immer weiteren Ausdehnung derselben, ist es notwendig, daß man sich über einheitliche praktische Mittel zur Bekämpfung der ihr anhaftenden Schäden, namentlich des Zwischenmeister-Systems, klar wird, um so einer vollständigen Degeneration der Arbeiter und Arbeiterinnen vorzubeugen. Es steht zu erwarten, daß eine rege Beteiligung namentlich seitens der Orte erfolgt, in welchen die Konfektion maßgebend ist. Kollegen und Kolleginnen, welche an dieser Konferenz teilnehmen wollen, bitten wir, dies bis längstens Freitag, den 23. Oktober, bei einem der Unterzeichneten anzeigen zu wollen.

Mit kollegialischem Gruß J. A.: P. Reißhaus, Erfurt, Udestebterstraße 8. S. Timm, Berlin, Markgrafenstraße 88. Arbeiterblätter werden um Abdruck gebeten.

Ungarn. Oesterreich-Ungarn.

Hunde sind wir ja doch! Dieses berühmte Wort des Fortschrittlers Ludwig Bamberger scheint für die deutschen Turner von Reichenberg in Böhmen Programm geworden zu sein. Wie die Zeitungen melden, bereiteten sie dem österreichischen Kaiser bei dessen jüngster Anwesenheit eine „ganz eigenartige“ Ovation dadurch, daß sie „unter unaufhörlichem Gultheil-Rufen einen Dauerlauf hinter dem kaiserlichen Wagen verübten und auch Schritt mit ihm hielten“.

Die Reichenberger Turner werden hoffentlich auf der nächsten Hunde-Ausstellung nicht fehlen — ein Preis im Hunde-Trabrennen ist ihnen sicher. —

Italien. Die neuesten Skandale in Rom, hervorgerufen durch den Pilger-Janhagel, kommen der „Germania“ sehr gelegen — wie auf Bestellung! — eine Lanze für die weltliche Souveränität des Papsttums zu brechen.

Sie behauptet, die Skandale seien ein Beweis dafür, „daß das Nebeneinanderregieren von Papsttum und Königtum in Rom ein Unglück für Beide, daß Rom die Stadt der Päpste, die Hauptstadt der Christenheit sei, und daß dort kein Raum sich biete für den „König von Italien“, der keinerlei Recht auf die von den Piemontesen usurpirte Stadt habe“. — Weiter erklart sie:

„Der Punkt, auf den es hier allein ankommt, liegt in der Tatsache, daß wieder einmal klar und unwiderleglich die Unhaltbarkeit der gegenwärtigen Lage der Dinge in Rom dargetan, daß der Nachweis erbracht ist, wie der h. Vater in seiner Stadt, in seinem eigenen Palaste ein Gefangener, daß er den Beschimpfungen und Beleidigungen seiner Feinde wehrlos preisgegeben ist.“

Rosibar! Weil ein paar dumme Jungen am Grabe Viktor Emanuels Unfug trieben, deshalb empört sich das „italienische Nationalgefühl“ gegen den Papst! Und weil das empörte „Nationalgefühl“ die Pilger prügelt, deshalb ist nach der Behauptung der „Germania“ die Lage der Dinge unhaltbar in Rom. Das Beste wird sein, der Papst packt seine Siebenstachen und zieht nach Afrika, die Goiden zu „befehren“.

Neuestes päpstliches Rundschreiben. Dasselbe fordert die Gläubigen auf, im Monat Oktober der „allerheiligsten Jungfrau vom Rosenkranz“ betend zu gedenken, damit „die Vorsehung Gottes, die Kirche vor-

nachtheiligen und schlechten Menschen befreien möge und die irregeleiteten Menschen, durch die Erleuchtung und Liebe Christi, zur Gesundheit und dem Verstande zurückführen möge.

Die „irregeleiteten Menschen“! Von wem irregeleitet? Vielleicht meint der Papst den Ultramontanismus, den er doch am besten kennen muß. Es gehört keine „übermenschliche Fassungskraft“ dazu, um eine so einfache Sache zu begreifen. Wir würden dem Papste diese „Fassungskraft“ daher gern zutrauen, wenn er nicht selbst allzutief im ultramontanen Sumpfe stecken möchte.

Kleine Chronik.

Mädchenhandel. „Bitte, mir umgehend mit dem Dampfer „Anatolia“ für den Pascha K. D. zwei Sudan-Löwinnen zu senden. Dieselben müssen aber noch jung sein, etwa zwischen 14 und 17, Zähne vollständig und, wenn möglich, auch eine stattliche Mähne haben. Brünnet ist die Lieblingsfarbe des Pascha.“ — „Bedaure, Sudan-Löwinnen jetzt nicht vorrätig. Will dem Pascha dafür zwei herrliche persische Gazellen von schlankem Wuchse senden. Besitze auch eine junge Bärin aus dem Kaukasus, Namens Suleika, ein allerliebstes Tier. Ist süppig gewachsen und hat blaue Augen. Suleika kann auch tanzen und das Symbal schlagen.“ — „Senden Suleika, aber bald. Pascha schon begierig, dieses interessante Tier in seiner Menagerie zu sehen.“ Dies sind gewiß höchst unschuldig klingende Telegramme, so schreibt man einem Wiener Blatte aus Damaskus. Und doch sind dies Drahtmeldungen zweier Sklavenhändler, von denen der eine in Damaskus wohnt, der andere in Bassorah und welche die Harems der sprichwörtlichen Großen und Paschas mit dem Ewig-Weiblichen versorgen. Deffentlich ist der Menschenhandel nun freilich im ganzen türkischen Reiche verboten; die Klagen, zu denen fast sämtliche Paschas des Reiches gehören, wissen indes schon dem Gesetz ein Schnippchen zu schlagen und ihre Harems immer wieder von Neuem mit schönen Bewohnerinnen zu füllen. Zieht beispielsweise in Damaskus eine Sendung von sechs hübschen Tischerkessinnen ein, so benachrichtigt man die Paschas und die verschiedenen moslimischen und nichtmoslimischen Haremsbesitzer der Stadt von deren Ankunft, indem man ihnen mit der unschuldigsten Miene der Welt meldet, daß soeben wieder sechs herrliche Tiere, Löwinnen, Gazellen, Wölfinnen und Bärinnen, und wie die verschiedenen fleischfressenden Tiere noch heißen mögen, angelangt sind, und ladet zugleich höflich zur Besichtigung ein. Warum sollte sich ein Pascha nicht einige wilde Tiere ansehen dürfen? Er fährt daher in das Haus des angeblichen Tier-, aber wirklichen Menschenhändlers, besichtigt und prüft genau die ihm vorgeführten Schönen und kauft schließlich eine oder mehrere. Nach Einbruch der Nacht wird die so erstandene Odaliske in den Harem ihres neuen Gebieters gebracht.

Breslauer Nachrichten.

Breslau, den 8. Oktober 1891.

Eine neue Anklage, die zweite also, hat unser Redakteur Genosse Karl Thiel gestern zugestellt erhalten. Es ist dies eine Anklage wegen Beleidigung des Herrn Maximilian Schlesinger, Verleger der „Breslauer Gerichtszeitung“ (alten). Herr Schlesinger hat sich früher als Parteigenosse gerirt und dürfte den meisten älteren schlesischen Genossen wol zur Genüge bekannt sein. Er ist der Verfasser des Buches: „Die soziale Frage.“ Der Termin zur Vorverhandlung ist der 4. November. Die Verhandlung selbst dürfte manche interessante Daten zu Tage fördern. — Oeger Wendlandt schwebt noch eine Strassache, für welche der Termin jedoch noch nicht festgesetzt wurde. — Im Ganzen dürfte die Zahl der Anklagen wegen Preßdelikte gegen die Redakteure der „Volkswacht“ das Viertelhundert bald überschritten haben. Wir werden sie bei Gelegenheit einmal durchzählen.

Vom Stadthause und Rathaus. Die am Stadthause ausgeführten umfassenden Erneuerungsarbeiten sind nahezu vollendet. Die Durchfahrtsallee, welche die Siebenturmfürstenseite des Ringes mit der Elisabethstraße verbindet, wird mit Lackfarben einfach dekorativ ausgemalt, was diesem architektonisch nicht unbedeutenden Raum zur besonderen Zierde gereicht. Die Reinigung des Denkmals Friedrich des Großen vor der Hauptfassade des Stadthauses ist beendet. Dieselbe ist in sach-mäßiger Weise erfolgt. — In diesen Tagen erfolgte die Aufstellung zweier weiteren Figuren an der Westfassade des Rathauses und zwar zu beiden Seiten des prächtigen westlichen Erkers. Diese Figuren stellen einen Magistratsausreuter und eine Patrizierin dar. Die Tracht des Ausreiters von damals ist in einzelnen

Stücken der Tracht (Hut und Mantel) mit der noch heute üblichen nahezu gleich. Die Figur der Dame von damals zeigt die eigentümliche Tracht, wie man ihr noch auf unseren alten Grabdenkmälern an der Elisabeth- und Magdalenen-Kirche häufig begegnet.

Verirrtes Kind. Am 6. d. M., Abends 7 Uhr, wurde auf der Werderstraße ein etwa 3 Jahre alter Knabe verlassen angetroffen und nach dem Armenhause gebracht. Das Kind, welches sich Karl Hanke nennt, ist u. a. mit brauner Mütze, schwarzem Beinkleid, grauer Weste und schwarzem Jaquet bekleidet.

Invaliditäts- und Altersversicherung. Der Vorstand der Invaliditäts- und Alters-Versicherungsanstalt für die Provinz Schlesien erläßt in seinen „Amtl. Nachr.“ folgende Bekanntmachung: „Nach § 109 des Reichsgesetzes vom 22. Juni 1889 ist der Arbeitgeber verpflichtet, die Beitragsmarken in die Quittungskarten einzukleben. Es ist zu unserer Kenntnis gekommen, daß Arbeitgeber dieser Verpflichtung vielfach in der Weise nachkommen, daß sie den Versicherungspflichtigen die Beitragsmarken aushändigen und diesen das Einkleben überlassen, oder daß sie den Versicherungspflichtigen die Hälfte des Wertbetrages des zu verwendenden Beitrages auszahlen und diesen das Einkleben der Marken überlassen. Wir machen darauf aufmerksam, daß, wenn in solchen Fällen die Verwendung der Marken unterbleibt oder Marken in unzureichender Höhe oder in unvorschriftsmäßiger Beschaffenheit verwendet werden, die Arbeitgeber sich der Bestrafung nach Maßgabe des § 143 des Gesetzes (Ordnungsstrafe bis zu 300 Mk.) aussetzen.“

Gefährlicher Sturz. Am 1. d. M. spielten auf der Altane des Grundstücks Büttnerstraße 26 mehrere Kinder. Eines derselben, der 6 Jahre alte Knabe Georg, Sohn des Kassendieneres Andermann, zog sich einen kleinen Schitten herbei und von diesem aus bestieg er das Geländer der Altane. Hierbei verlor er das Gleichgewicht und stürzte aus einer Höhe von etwa sechs Meter auf den Erdboden hinab. Der Knabe wurde nach dem Allerheiligen-Hospital geschafft, woselbst er heut, am 6. d. Mts., noch ohne Besinnung darniederliegt.

Von der Straßen-Eisenbahn. Die Strecke Scheitnig-Striegauer-Platz ist vom Dominikaner-Platz und am östlichen Ausgange der Albrechtsstraße (Kreuzung der Post- und Katharinenstraße) unterbrochen, so daß ein Umsteigen der Fahrenden erforderlich ist. Die Unterbrechung ist durch Neulegung des Schienengeleises der dort vorhandenen Kurve nach neuerem, namentlich für Kurvenanlagen bewährtem System veranlaßt. Die Strecke, welche die Passagiere an dieser Stelle beim Umsteigen zu Fuß zurücklegen müssen, ist nur eine sehr kurze.

Grober Aufzug. Am 5. d. M., Nachmittags, fuhr der am Neumarkt wohnende Kaufmann Julius K. am Dhlauer Stadtgraben auf einem Zweirade in einer Weise hin und her, daß er die Passanten in hohem Grade belästigte und gefährdete. Zuletzt bog er so plötzlich in die Bahnhofstraße ein, daß er zwei Personen, welche nicht rechtzeitig mehr ausweichen konnten, eine Haushälterin und ein zehnjähriges Schulmädchen, überfuhr und leicht verletzte.

Festgenommen wurde am 7. d. Mts. ein Mann, der angeht, Techniker zu sein und Julius Moses zu heißen. Die Angaben, die er machte, lassen darauf schließen, daß man es mit einem Betrüger zu tun hat. In seinem Besitz befindet sich ein Paß und ein Legitimationschein, auf den Namen Richard Wilhelm Fuchs aus Brusse lautend. Beide Schriftstücke sind scheinbar gefälscht. Die Identität des Verhafteten ist noch nicht festgestellt. Das linke Auge ist durch ein Glasauge ersetzt. Ueber dem rechten Auge hat er zwei Schrammen.

Razzia. In den letzten Nächten wurden seitens der Beamten des XV. Polizei-Kommissariats Razzias auf der Hollandwiese und verschiedenen anderen Orten unternommen. Mehrere Verhaftungen von Obdachlosen fanden statt.

Brückenbelastungsproben in Breslau. Gegenwärtig finden eingehende Untersuchungen der Tragfähigkeit der hiesigen Brücken statt. Bei allen bisher untersuchten Brücken hat sich herausgestellt, daß sie sich nach jeder Richtung hin in vorzüglichem Zustand befinden, und daß somit der höchste Grad der Sicherheit auch beim lebhaftesten Verkehr vollkommen verbürgt ist. Besonders interessant waren die Resultate der Prüfung bei der Universitätsbrücke, als der ältesten nach dem sogenannten Schwedlerschen System erbauten Brücke, nach welchem später die Mehrzahl der hiesigen Brücken konstruiert worden ist. Diese Brücke wurde im Jahre 1867 unter Leitung des Stadtbaurats Kaumann vollendet.

Zur Verhaftung gesucht wird der frühere Kommis Mar Lorenz, welcher sich seit wenigen Wochen mit seinem Komplizen Julius Mehra, beide von hier, vagabondierend

umhertreibt und schon mehrfache, teils recht bedeutende Zechprellereien, Betrügereien und auch Diebstähle verübt hat. Lorenz hat sich bei seinen Betrügereien meist falsche Namen beigelegt: hauptsächlich nennt er sich Müller oder Buschmann. Lorenz ist groß, kräftig gebaut und schießt auf dem rechten Auge. Er ist im Verletzungsfalle dem nächsten Polizeibeamten zu übergeben. Außerdem sind zu seiner Ermittlung dienende Angaben im Zimmer 20 des Polizei-Präsidiums zu machen.

Bewegung der Bevölkerung. In der Woche vom 27. Septbr. bis 3. Oktbr. 1891 fanden nach dem Wochenbericht des Statistischen Amtes der Stadt Breslau 72 Eheschließungen statt. — In der Vorwoche wurden 236 Kinder geboren, davon 195 ehelich, 41 unehelich, 231 lebendgeboren (126 männlich, 105 weiblich), 5 tofgeboren (4 männlich, 1 weiblich). Die Anzahl der Gestorbenen (excl. Totgeborene) betrug 202 (mit Einschluß der nachträglich aus Vormochen gemeldeten). Von den Gestorbenen standen im Alter von 0 bis 1 Jahr 75 (darunter 15 unehelich Geborene), von 1 bis 5 Jahren 22, über 80 Jahre 8. — Es starben an Scharlach 2, an Masern und Röteln 2, an Rose 1, an Diphtheritis und Group 5, an Wochenbettfieber —, an Keuchhusten 4, an Unterleibstypus incl. Nervenfieber —, an akutem Gelenkrheumatismus —, an Durchbruchfall 7, an anderen akuten Darmkrankheiten 25, an Influenza —, an anderen Infektionskrankheiten 3, an Gehirnschlag 8, an Krämpfen 10, an anderen Krankheiten des Gehirns 12, an Lungenschwindsucht 21, an Lungen- und Luftröhren-Entzündung 23, an anderen akuten Krankheiten der Atmungsorgane 2, an anderen Krankheiten der Atmungsorgane 10, an allen übrigen Krankheiten 62, in Folge von Verunglückung 3, in Folge von Selbstmord 3. — Auf 1 Jahr und 1000 Einwohner kommen Gestorbene in der Berichtswoche: 31,10, in der betreffenden Woche des Vorjahres 24,94, in der Vorwoche 34,79.

Polizeiliche Nachrichten. In das Polizeigefängnis wurden am 6. d. Mts. 29 Personen eingeliefert. — Gestohlen wurden: Einem Fleischergehilfen auf der Neuen Graupenstraße ein Kammgarn-Anzug. — Abhanden kamen: Einer Kaufmannsfrau auf der Neuen Graupenstraße ein Bernsteinkamm; einer Dame aus Deuthen zwei Siegelringe; einer Kellnerin auf der Vorwerkstraße ein Portemonnaie mit 13 Mk. Inhalt; einem Schlossergehilfen auf der Langeasse ein Portemonnaie mit 2,30 Mk. Inhalt. — Gefunden wurden: Eine silberne Uhr, ein Armband, eine Brosche, eine Meerchaumpfeife, ein Pincenez, drei Portemonnaies, ein Schirm und zwei Altknechte.

Breslauer Marktpreise vom 7. Oktober per 100 Kilogr gute mittlere geringe Waare

	höchst niedr.		höchst niedr.		höchst niedr.	
	M.	M.	M.	M.	M.	M.
Weizen, weißer . . .	23,—	22,70	21,10	20,60	19,10	17,60
Weizen, gelber . . .	22,90	22,60	21,10	20,60	19,10	17,60
Roggen	23,40	22,90	22,20	21,90	20,90	19,90
Gerste	17,70	17,20	16,20	15,70	15,20	14,70
Hafcr	15,40	14,90	14,40	13,90	13,20	12,70
Erbsen	19,50	18,80	18,—	17,50	17,—	16,50

Heu (neues) 2,50—2,80 Mk. pro 50 Kilogramm.
Roggenstroh 33,00—36,00 Mk. pro 600 Kilogramm.

Gerichtliches.

Breslau. Unter Liebesleuten. Eine hiesige Wittve hatte einen Handwerker bei sich wohnen, mit dem sie gemeinschaftlichen Haushalt führte. Nach einiger Zeit kam es zum Bruch. Die Wittve wies dem Handwerker die Tür und zeigte ihn obendrein an, indem sie einem Schutzmann die Mitteilung machte, sie sei von dem Handwerker mit einer Stubenbürste arg geprügelt worden. Der Schutzmann, dem es bekannt war, daß die beiden Leute sich hatten heiraten wollen, setzte bald Zweifel in die Anzeige. „Wenn Liebesleute sich entzweien“, meinte er, „da reden sie sich gewöhnlich Manches nach, was sie nicht verantworten können.“ Die Wittve blieb jedoch bei ihren Angaben und der Schutzmann brachte pflichtgemäß die Sache zur Anzeige. Auf das Polizeipräsidium beschieden und ausführlich über die Sache vernommen, beharrte die Wittve bei den Angaben. Als sie dann aber gerichtlich und eidlich gehört wurde, gab sie der Wahrheit die Ehre und erklärte, sie sei von dem Handwerker nicht geschlagen worden; sie habe sich das in der augenblicklichen Erregung nur erfannt, um ihm zu schaden. Die Folge war, daß gegen die Wittve, eine bisher unbefohlene Frau, Anklage wegen wissentlich falscher Anschuldigung erhoben wurde. In der Verhandlung, die vor kurzem vor der II. Strafkammer stattfand, war die Angeklagte unumwunden geständig. Mit Rücksicht auf ihr reumütiges Verhalten und in Anbetracht, daß dem Handwerker durch die falsche Anzeige besondere Unannehmlichkeiten nicht erwachsen waren, beantragte der Staats-

anwalt, die Angeklagte zu der niedrigsten zulässigen Strafe, zu einem Monat Gefängnis, zu verurteilen. Der Gerichtshof erkannte demgemäß.

Schlesien.

Wiesitz, 7. Oktober. Am letzten Sonntag hatte der hiesige „liberale Wahlverein“ eine „liberale Wählerversammlung“ ins „Badehaus“ einberufen, in welcher die Reichstags- und Landtags-Abgeordneten Stadtrat Lange und Direktor Goldschmidt „Bericht“ über ihre parlamentarische Tätigkeit erstatten wollten. Die Herren Einberufer waren offenbar der Meinung, daß die liberalen Abgeordneten nur die Vertreter der liberalen resp. freisinnigen Partei, nicht die Vertreter der Wähler im Allgemeinen seien, daß sie nicht Volkstretter, sondern nur Parteivertreter vorstellen. Oder war es jämmerliche Feigheit und Furcht vor der sozialdemokratischen Partei, vor der öffentlichen Meinung, dem immer mehr erstarkenden und um sich greifenden sozialdemokratischen Volksbewußtsein, was die gedachten Herren zur Einschränkung des Zutritts und der Redefreiheit auf die liberalen Wähler nötigte? Wir wollen zur persönlichen Ehre der Herren annehmen, daß sie sich selber nur im Irrtum über das Wesen und die Aufgabe eines Volkstretters betunden haben. Die sozialdemokratischen Abgeordneten betrachten sich stets als Vertreter des ganzen Volkes, nicht als Vertreter einer Partei, darum sprechen sie zu dem ganzen Volke, gewähren jedem Gegner das Recht der Rede. Ein Abgeordneter darf sich einer Partei anschließen, muß seine eigene Meinung und Ueberzeugung besitzen, sonst ist er ein Wackelkopp und eine „Ja“-sage-Maschine; nichtskostener bleibt er Vertreter aller Wähler, hat die Interessen des ganzen Volkes wahrzunehmen, nicht nur seiner Partei. Er läßt daher auch Volksversammlungen zur Berichterstattung einberufen und nicht Parteiverfammlungen, wenn er seine Aufgabe recht versteht. Wir wollen hoffen, daß die Herren künftig die Funktion eines Volkstretters besser würdigen werden, als selber, sonst müssen wir sie der gemeinsten Feigheit und unanständlichsten Furchtsamkeit beschuldigen, da nicht anzunehmen ist, daß ihnen diese Zeilen nicht zu Gesicht kommen werden. — Nun mit einigen Worten zu den Berichten der beiden Abgeordneten, soweit dieselben in den liberalen Blättern wiedergegeben worden sind. Herr Stadtrat Lange befahte sich in einem großen Teil seiner Rede mit der sozialdemokratischen Partei, meinte u. a., daß die sozialdemokratischen Ziele ebenso wenig erreichbar wie erstrebenswert seien, ohne den Nachweis für diese Behauptung zu führen. Nachweisen ist ja allerdings auch erheblich schwieriger als behaupten. Auch hätte der Nachweis den „Bericht“ noch weit mehr zu einer Rede gegen die Sozialdemokratie vor Liberalen gestaltet, als es schon der Fall war. Der Redner meinte ferner, daß es zum Mindesten sehr zweifelhaft erdheine, ob die Sozialdemokraten es darstellen, eine sozialistische Weltordnung im Stande wäre, an Stelle der bestehenden Ordnung vollkommen ideale Zustände zu schaffen. Nun — daß die „bestehende Ordnung“ keine Ordnung ist, zum Mindesten keine gute, dafür mußte der Redner selbst, wie auch sein Kollege Goldschmidt, wider Willen oder unbewußt Nachweise liefern, wobei man nur die in ihren Reden berührten Zustände der Bereicherung der Großgrundbesitzer auf Kosten der gesammten Arbeit, der Widersprüche der Sozialreform und der Lebensmittelskämmerung durch Sperrzölle, der horrenden Militärischkeit, der Steuerfreiheit gewisser Familien — Steuerfreiheit während das arme Volk die notwendigsten Lebensmittel hoch versteuern und verzollen muß! — der Steuerfreiheit der großgrundbesitzlichen Schnapsbrenner u. s. w. zu erinnern braucht. Daß es also mit dieser bestehenden „Ordnung“ nicht weit her, müssen selbst liberale Parteivertreter insuptrieren und zugeben. Was nun die Meinung betrifft, daß die Sozialdemokraten erstreben, vollkommen ideale Zustände zu schaffen, so möge hier bemerkt sein, daß die Sozialdemokratie zu sehr auf dem Boden realer Wissenschaft steht, um nicht zu wissen, daß es in der Welt niemals eine ideale Vollendung und absolute Vollkommenheit geben wird und geben kann, daß sich wohl einzelne Sozialdemokraten hin und wieder mit den Zuständen einer ferneren Zukunft beschäftigen und von idealischen Gesellschaftsverhältnissen träumen, daß aber die Sozialdemokratie als solche, als politische Partei, noch niemals daran gedacht hat, von den wirklichen tatsächlichen Verhältnissen abzuweichen, sondern zum großen Mergel aller Gegner einschließlic der Liberalen sich ganz gründlich mit den tatsächlichen Verhältnissen und deren Umgestaltung befaßt, stets ihr Augenmerk auf die Umgestaltung der bestehenden Verhältnisse und Beseitigung der vorhandenen Uebelstände richtete, wie Herr Stadtrat Lange die Durchsicht der offiziellen Parteiprogramme lehren kann. Aengstigungen Einzelner aus einer Partei sind niemals offizielle Kundgebungen der Partei — so viel wird wol auch Herr Lange wissen. Wenn Herr Lange des Weiteren seiner Hoffnung, die Sozialdemokratie werde den Tag erleben, an welchem ihr Niedergang beginnen wird, Ausdruck gab, so muß dieser Hoffnung Berechtigung zuerkannt werden, freilich mit einer kleinen Einschränkung: Die Sozialdemokratie wird wahrscheinlich nicht früher „niedergehen“, als bis ihr Ziel erreicht, die Befreiung des Volkes von dem Joch der Kapitalssklaverei, wie der Ausbeutung und Knechtschaft jeder Art durchgeführt sein, bis die Gegnerschaft der verschiedenen Schattierungen sammt und sonderb am Boden liegen wird. Hoffe jedoch Herr Lange, daß der „Niedergang“ früher eintreten werde, so wäre damit bewiesen, daß er das Wesen der sozialdemokratischen Volksbewegung von Grund aus vollständig verkennt. Wir müssen dem Herrn Abgeordneten anheimgeben, sich über die Sozialdemokratie aus ihrer eigenen Literatur in künftiger Zeit besser zu informieren, wenn er über die sozialdemokratischen Behauptungen öffentlich sprechen will, sonst gelangt er in den Verdacht, nichts als Ignoranz und Charlatan zu sein. Der Redner meinte bei der Belpachtung der neuesten Novelle zur Gewerbeordnung, daß die Sozialdemokratie in den Verdacht gekommen sei, nur darum gegen die Novelle gestimmt zu haben, weil sie ihre Anhänger in dem Glauben erhalten möchte, daß unter den gegenwärtigen Verhältnissen eine durchgreifende Besserung ihrer Lage nicht möglich sei. Wer solchen Verdacht gegen kann, ist mehr als herzlich, ist geradezu einseitig! Die Sozialdemokratie als

solche und ihre Vertreterschaft stimmt für jede Verbesserung der Zustände, niemals aber für eine Verschlechterung, zumal wenn sich diese Verschlechterung als Verbesserung aufspielt.

Landeshut. Schon wieder Einer! Seit einigen Tagen ist der bisherige Postagent Rahmer in Mieschdorf, hiesigen Kreises, flüchtig worden. Rahmer war vor einigen Wochen wegen mehrerer grober Unregelmäßigkeiten im Dienste seines Amtes entsetzt worden. In den letzten Tagen hatte sich außerdem herausgestellt, daß Rahmer auch einen größeren Betrag, wie das „Ueb. Wochenbl.“ hört, 1400 Mk. unterschlagen hat, ohne für spätere Deckung dieses Defizits zu sorgen. Sein Hausgrundstück hatte L. inzwischen verkauft und sich durch die Flucht seiner ihm bevorstehenden Verhaftung entzogen. Rahmer war in seinem Wohnort und darüber hinaus eine geachtete Persönlichkeit: er war Ortsfeuerwehler, Gerichtsschreiber und Inhaber des sogenannten Fettelstodes, so daß er ein beträchtliches Einkommen hatte. L. hatte einen langwierigen und kostspieligen Prozeß verloren, welcher Umstand ihn auf die Bahn des Verbrechens getrieben haben mag.

Quitschin. Morb? Tot aufgefunden wurde der Bergmann Anton Pasternak aus Breuß-Algoth bei Hultschin, früher auf dem „Franz-Schacht“ beschäftigt, in einem Graben in Prjmos in Oesterreich-Schlesien. Pasternak verließ in der Nacht auf Montag das Meißel'sche Gasthaus. Die Leiche wies Verwundungen auf der Stirne auf, die von den Steinen im Graben und nagelebehten Brettern der Schleufe herrühren können; es ist aber nicht ausgeschlossen, daß man es mit einem Morde zu tun hat.

Dörschau, Kreis Waldenburg. Am Sonntag, den 4. Oktober wurde beim Gastwirt Weniger in Dörschau eine Volksversammlung abgehalten, die von fünfzig Personen besucht war. Grund dieses schwachen Besuches war, daß die meisten Genossen im Briefkasten gelesen hatten, daß der Referent Genosse Ziel erkrankt und demnach am Erscheinen verhindert sei. Nach Wahl des Bureau fanden Vorlesungen seitens des Genossen Großer statt. Es wurden einige Artikel aus der „Volkswacht“, darunter Der Indifferentismus, (die Gleichgültigkeit) der Arbeiter und der Abschied von der Kirche vorgelesen. Es folgten die Zuhörer mit der größten Ruhe und höchem Interesse den vorlesenen Artikeln. Bei Punkt Verschiedenes ergriff Genosse Karl Giller in der Lokalfrage das Wort. Bei der Redewendung: Auch die Polizei verachtet die Versammlungen zu hintertreiben, erklärte der überwachende Polizeibeamte die Versammlung für aufgelöst, nachdem sie bereits zwei und eine halbe Stunde getagt hatte. In der größten Ordnung und Ruhe wurde der Saal verlassen. Noch ein spaßhafter Zwischenfall muß erwähnt werden: Zur Ueberwachung hatte sich außer zwei Gensdarmen noch ein Diener der heiligsten Germanabad in der Person des Amtsdieners von Dörschau eingefunden, der aber zum allgemeinen Ergötzen der Genossen auf Verlangen des Vorsitzenden das Lokal verlassen mußte, denn nach § 4 des Vereins- und Versammlungsgesetzes sind zur Ueberwachung einer Versammlung nur zwei Polizei-Organen erforderlich.

Königshütte. Kein Strähwinkel. Im Februar d. J. unterzog die „Königsh. Stg.“ die Straßenbeleuchtung in Königshütte einer wenig schmeichelhaften Kritik. In dem betreffenden Artikel, der jedenfalls ein öffentliches und berechtigtes Interesse vertrat, gebrauchte der Redakteur der erwähnten Zeitung den Ausdruck „Strähwinkel“. Darob stellte die Stadtabdeputation resp. der Magistrat von Königshütte gegen den Redakteur einen Strafantrag wegen „Beleidigung“. Das Schöffengericht indes sprach den Angeklagten frei, weil, nach Kojebue, das Wort „Strähwinkel“ eine kleine Stadt bedeute und Königshütte trotz seinen vielen Einwohnern, nicht zu den Großstädten gerechnet werden könne. Damit konnte der Redakteur wie auch die Bevölkerung der Stadt Königshütte zufrieden sein. Aber der Amtsanwalt, welcher vor dem Schöffengericht die Sache des Königshütter Magistrats vertreten hatte, war mit diesem Urteil nicht zufrieden. Er appellirte, und was das Schöffengericht in dem Worte „Strähwinkel“ nicht gefunden hatte, das fand darin die Strafkammer zu Königshütte, nämlich eine Beleidigung. In ihrer Sitzung vom 2. d. Mts. hob sie das freisprechende Erkenntnis auf und verurteilte den Redakteur zu einer Geldstrafe von 30 Mark! Der Schutz des § 193 des Str.-G.-B. (Wahrnehmung berechtigter Interessen) wurde dem Angeklagten, der seinen Mühsalern eine bessere Strafenbeleuchtung verschaffen wollte, nicht zugebilligt. Es seien daher alle schlesischen Zeitungsredakteure davor gewarnt, die Stadt Königshütte mit der Bezeichnung „Strähwinkel“ zu regalisieren!

Karlsruhe bei Obernigk, 4. Oktober. Die für heute hier einberufene öffentliche Volksversammlung konnte nicht tagen, weil verschiedene unvorhergesehene Umstände dazwischen kamen und die Versammlung in Folge dessen nur schwach besucht war. Der Hauptpunkt hierin war ja, wie bekannt, daß trotz aller erdenklichen Mühen weder Saal noch Garten zu haben waren und eine Versammlung bisher hier nicht abgehalten werden konnte. Nun aber, da wir einen Besizer haben, der uns jederzeit seinen Garten zur Verfügung stellt, haben wir einen für hiesige Verhältnisse nicht zu unterschätzenden Fortschritt gemacht. Die hiesige Bevölkerung, die nun in Erfahrung gebracht, daß uns der Platz nicht mehr abgetrieben werden kann, steht mit Erwartung der nächsten Versammlung entgegen, welche Sonntag den 25. Oktober stattfinden soll und wird hierüber wahrscheinlich sehr zahlreich besucht werden. Einigkeit macht stark. Auch der Einzelne hilft viel, wenn er den Mut dazu besitzt und seine Kraft nicht unterschätzt. Wir werden Sorge tragen, daß die Versammlung zahlreich besucht wird. Die gesamte hiesige Bourgeoisie ist in Aufregung, weil sie nicht mehr in der Lage ist, die Bewegung zu unterdrücken. Vorwärts — alle Mann!

Reinhardt a. D. Auch in unserem Städtchen ist die Sozialdemokratie im besten Fortschritt begriffen. In der am 30. September abgehaltenen Arbeiterversammlung, welche ziemlich gut nur von Parteigenossen besucht war, wurde die Gründung eines Arbeiter-Vereins und Diskurs-Klubs beschlossen. Genosse Stolpe aus Grünberg erhielt zur Tagesordnung das Wort und schilderte derselbe in sehr beredten Worten die Entstehung des Sozialismus, sowie die Entwicklung desselben durch die verschiedenen Eigenartigkeiten der Verhältnisse bis auf den heutigen Tag. Nachdem schließlich Genosse Stolpe die Verhältnisse der hiesigen Schulweisens in den Hoch- und Volksschulen, erörterte auch die Frage, warum der Schuljugend nicht auch genaue Aufklärung über Politik gegeben wird, so z. B. über die Revolution von 1848; er er-

läuterte auch in jedermann verständlichen Worten die volkerläubische Geschichte, betonte dabei hauptsächlich, daß die Sozialdemokraten keinen Krieg wollen, da der Krieg nur Brüdermord sei, und uns nur unnötige Ausgaben verurteilt. Wir Sozialdemokraten wollen nur die Brüderlichkeit und geistige Freiheit für alle. „Denn gleiche Pflichten, gleiche Rechte.“ Es wurde nun den Genossen der Zweck und die Wichtigkeit eines Vorges. und Diskurs-Klubs erklärt, sowie auch die Statuten vorgelesen. Während einer darauf folgenden Pause von 10 Minuten wurde den beitretenen Mitgliedern Gelegenheit zur Aufnahme in die Mitgliederliste gegeben. Es zeichneten sich 16 Mitglieder ein. Nach Aufnahme derselben wurde zur Vorstandswahl geschritten. Nachdem einmal Genosse Stolpe das Wort ergriff, in welchem er den Mitgliedern die Einigkeit und Brüderlichkeit so recht an Herz legt und betont: „Einigkeit macht stark“, schloß der Vorliegende mit einem dreifachen Hoch auf das Gedeihen des jungen Vereins die Versammlung, welche in größter Ruhe und Ordnung von Anfang bis zu Ende verlief.

Wir begrüßen den neuen Kämpfer unserer guten Sache aufs Freudigste. Möge sein Wirkungskreis sich recht bald bedeutend vergrößern!

Reife. Zur Verteilung von Druckschriften an Wahlzwecken. Am Mittwoch, den 26. November 1890 stand in Friedland O. S. die Wahl von vier Stadtverordneten an. Tags vorher wurde ein gedrucktes Blatt verteilt, in welchem vier Herrn zu Stadtverordneten vorgeschlagen, die Wahlstube jeder Abteilung angegeben und die Art der Wahl beschrieben wurde. Drucker und Verleger waren auf dem Blatte genannt. Daraufhin wurden der Leberhändler Franz Meißner, der Rechtsanwalt Dr. jr. Seifert, der Buchdruckerlehrling Johann Bergmann, der Buchdruckereibesitzer August Kojubek, alle zu Friedland O. S., angeklagt, „Blatte“ auf öffentlichen Straßen, in Gasthäusern und in öffentlichen Geschäftslökalen „ohne polizeiliche Genehmigung“ verteilt, und Kojubek, seinen Lehrling Bergmann durch Mißbrauch seines Ansehens zu dieser Uebertretung angezettelt zu haben (Uebertretung der §§ 9, 10 und 41 des preussischen Pressegesetzes vom 12. Mai 1851). Das Schöffengericht zu Friedland sprach im Mai des Jahres 1891 alle Angeklagten frei, den noch nicht 18 Jahre alten Lehrling Bergmann deshalb, weil er die zur Erkenntnis der etwaigen Strafbarkeit seines Handelns erforderliche Einsicht nicht besessen hatte, die übrigen Angeklagten aus dem Grunde, weil das nicht gewerbsmäßige Verteilen von Druckschriften zu Wahlzwecken in der Zeit von der amtlichen Bekanntmachung des Wahltages bis zur Beendigung des Wahlattes einer polizeilichen Erlaubnis nicht bedürfe, wie § 43 Absatz 4 des Reichs-Gewerbe-Ordnungsgesetzes (Fassung vom 1. Juli 1883) belege, zweitens weil nach Absatz 5 desselben Paragraphen Druckschriften überhaupt innerhalb geschlossener Räume ebenfalls ohne polizeiliche Erlaubnis verteilt werden dürfen, den Angeklagten aber nicht nachgewiesen sei, daß der Wahlauftritt außerhalb der Häuser etwa auf Straßen oder Plätzen verteilt oder angeschlagen oder angeheftet worden ist. Die Berufung der Staatsanwaltschaft gegen die Freisprechung wurde heute verworfen; es wurden auch die Kosten, welche dem Lehrling Bergmann durch seine Reife zum heutigen Termin entstanden waren, der Staatskasse auferlegt. Nach dem heut verkündigten Urteil billigte das Landgericht durchweg die schöffengerichtliche Auslegung der Gewerbeordnung, erklärte es insbesondere auch für zutreffend, daß die polizeiliche Genehmigung zur nichtgewerbsmäßigen Verteilung der Druckschriften zu Wahlzwecken nicht nur bei Wahlen zu den gesetzgebenden Körperschaften, sondern auch bei allen Wahlen, also auch in der Gemeinde, im Kreise u. s. w. ausgeschlossen sei.

Oppein. Else ist eine gute Patriotin, denn sie läßt den Staat über Alles, d. h. sie puht und schmückt sich gern. Sonntag wollte Else zum Lange gehen, ihr Füllfater hatte sie darum angesprochen und Else ist ein gutes und gefälliges Mädchen, sie kann nicht nein sagen, namentlich wenn es sich darum handelt, mit ihrem Füllfater auszugehen. Else ging also und wie immer elegant über alle Maßen. Ihrem Füllfater dauerte zwar die Toilette etwas zu lange, das stört aber Else durchaus nicht. Immer anständig rief sie aus: „wenn's auch schmer fällt.“ — Besondere Sorgfalt verwandte das Mädchen auf die Ausschmückung ihrer rückwärtigen Seite. Ein mächtiger eule schmückte dieselbe und grabe auf der Pierbe war Else ganz besonders stolz, nicht aber nur deshalb, weil sie mit einer solchen Ausschmückung sich ausnehmend gut gefiel, sondern auch weil sie in dem eul ihre ganzen Sparnisse verwahrt hatte. Else tanzte mit ihren Füllfater tapfer darauf los und ging alsdann nach Hause. Der Beschreiber aber den Schreck des Mädchens, als es beim Ankleiden den eul vermischt. Sicherlich hatte Else während des Tanzens diesen Schmuck eingebüßt. Bis heute ist derselbe auch noch nicht gefunden worden.

Brieg. Ein interessanter Vorfall hat dieser Tage die Beteiligten seinen Abschlus gefunden und sei nun hier erzählt: Vor einiger Zeit ging ein hiesiger Bürger mit seiner Frau am Ringe entlang. Plötzlich wird das Paar von einem Offizier „angereumpelt“. Als Antwort auf einige, ein wenig artige Benehmen sich verbittende Bemerkungen verabschiedet der Offizier dem Bürger eine Ohrfeige. Da eine Einigung auf der Polizeiwache nicht möglich war, so ersuchte der Lieutenant den andern Herrn, ihn in seiner Wohnung zu besuchen, was dieser ablehnte aus Furcht vor einer neuen öffentlichen Beleidigung; er stellte dafür die eigene zur Verfügung. Da der Herr Lieutenant aber nicht erschien, so hielt es der Bürger für geboten, gelegentlich einer Begegnung unter dem Vorwande, daß die Sache sonst dem Bataillon zu melden, daran zu erinnern. Dies fruchtete. Der Herr Lieutenant erschien in Begleitung seines Hauptmanns. Der Herr Hauptmann war aber nicht anwesend, deshalb nahmen die Herren einstweilen auf dem Sopha Platz. Als er nun kam, forderte ihn der Herr Lieutenant mit einer Entschuldigung seines Benehmens auf, sich zu setzen. Dieser lehnte jedoch ab mit der Motivierung, daß er in seiner Wohnung sei und die Herren Offiziere warten müßten, bis er sie zum Sitzen auffordere. Aber ein friedlicher Vergleich kam doch zu Stande und die Karriere des Herrn Lieutenant ist nicht gestört.

Muskau. Genossen! Ihr wißt, daß heute unsere Partei überall Fortschritte macht; Ihr wißt, mit welchem Nachdruck unsere Genossen in Schlesien die Agitation betreiben; selbst hofft auf eine bessere Zukunft, und doch ist bei uns bisher noch herzlich wenig dazu geschehen. Ist etwa Beden bei uns nicht vorhanden, auf welchem wir Fortsch-

Ges. Kästs-Eröffnung.

Einem geehrten Publikum die ergebene Anzeige, daß ich am 1. Oktober.

Weidenstrasse 23/24

ein

Filz- und Seidenhut-Geschäft

errichtet habe und bitte um geneigten Zuspruch. Ich werde bemüht sein, die beste und reelle Waare bei soliden aber streng festen Preisen zu führen. Reparaturen werden schnell, sauber und billig ausgeführt.

Carl Böhm, Hutmacher.

Spezialität: Arbeiter-Control-Marken-Güte.

Cigarrenarbeiter

Lorenz Schöbel

wird aufgefordert, seine Programme vom Laffalle-Fest bis Sonntag zu regeln.

H. Berner,

Altstrasse Nr. 9, III.

Kunst-Ausstellung.

D. R.-P. 55625.

Albrechtsstr. 52, Eing. Schulbr. 70. Entree 30 Pf., Kinder 15 Pf.

Vereinsabzeichen und Schärpen

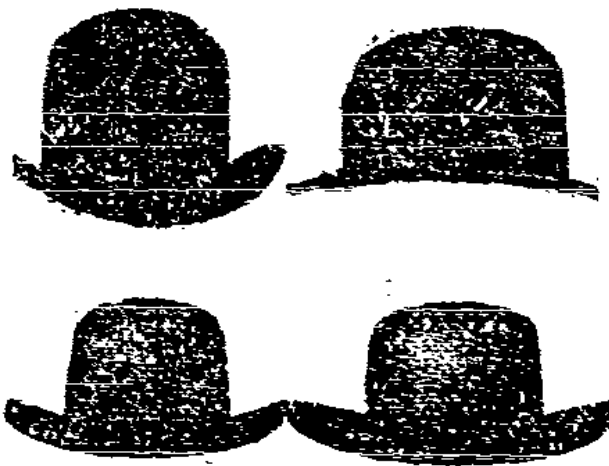
am besten und billigsten bei

Adolf Berkop,

Fahnenfabrik,

Dorotheengasse 3, I.

(Im Hause der Siederwaarenfabrik von W. Böse).



Facon Konsress-Facon Demokratenhut. Ich empfehle: Facon Demokratenhut, grau und schwarz, weich, mit 10 cm. Rand 5 Mk., mit 12 cm. Rand 5,50 Mark.

Congress, weich, in allen Farben, besonders schwarz, braun, hellbraun, grau, sehr kleidsam, 3,50 Mk. und 4,50 Mk. Auf zur Wahl! mit leicht gebogenem Rande in allen Farben 4,50 Mk., hochfein elastisch, 5,50 Mk. Expatriierung, mit ganz flachem Rand 5 und 6 Mk. Jeder Hut ist inwendig mit der Photographie eines bewährten Volkemannes versehen.

Ferner empfehle ich: Seidenhüte. (Cylinderhüte) à 4,50 Mk. bis 7 Mk. Ich versende die Hüte zu obigen Preisen in guter Verpackung franco gegen Nachnahme nach allen Orten Deutschlands. Es genügt die Angabe der Kopfwerte in Zentimetern. Für schöne Ausführung leiste ich Garantie.

Preisconrant steht zu Diensten. Sämtliche Hüte sind mit Arbeiter-Kontrolmarke versehen.

Aug. Heine, Hutfabrik, Halberstadt.

Zu beziehen durch die Exped. d. Bl.: Lichtstrahlen der Barbe. Gebichtsammlung, ausgewählt v. Max Kegel. Illustriert von Otto Emil Lau. In Prachtband, mit Goldschnitt, gebunden. Preis Mk. 3,50. Ibseling, Die Darwin'sche Theorie. Gebund. Mk. 2,00. Rautsky, Marx' Delozomische Lehren. Gebund. Mk. 2,00.

Volks-Versammlung in Altwasser.

Sonntag, d. 11. d. Mts., Nachm. Punkt 3 Uhr im Saale des Gasthof zum „deutschen Kaiser“.

Tagesordnung:

- 1. Das neue Programm. Referent wird in der Versammlung bekannt gemacht. 2. Wahl eines Delegierten zum Erfurter Parteitage. — 3. Wahl einer Prüfungskommission. — 4. Verschiedenes. Zahlreiches und pünktliches Erscheinen wünscht

Der Einberufer.

Vorziger dieses erhält 3 pCt. Rabatt.

Es wird so vieles annonciert, Doch, wer's einmal bei mir probiert, Brauch' anders hin nicht zu kaufen, Denn per Annonce viel verspricht, So mancher, und er hält es nicht; Zu Hurtig kommt hin kaufen.

Herren-Winter-Paletots v. 6,50 Mk. an, Herren-Gehimo-Diagonal-Flocanné mit gutem Wollfutter von 10 Mk. an, Herbst-Anzüge, dauerhaft im Tragen v. 9 Mk. an, Herbst- und Winter-Jaquetts v. 5,50 Mk. an, Hosen für Herbst u. Winter, vorzügl. Schnitt in allen erdenkl. Farben von 3,50 Mk. an, Kinder-Anzüge und Paletots in geschmackvollster Ausführung von 3 Mk. an.

Sämtliche aufgeführte Gegenstände sind nur aus dauerhaften Stoffen gefertigt und übertrifft der Sitz und die Arbeit die besten bestellten Sachen.

Nichtbenutzende Gegenstände werden bereitwilligst umgetauscht oder kostenfrei geändert.

Salo Hurtig

Breslau

Kupferschmiedestraße 50/51, part., 1. und 2. Etage.

Sieben im Verlage der „Volkswacht“ zu Bielefeld erschienen:

Mein Abschied

von der Kirche.

Zwei Vorträge von Domela Nieuwenhuis.

- I. Die Kirche und die soziale Frage. II. Mein Abschied von der Kirche.

Aus dem Holländischen ins Deutsche übersetzt

von E. Harders und E. Groth.

Höchst interessante und gemeinverständliche Agitationschrift.

Preis 25 Pf.

Die Darlegungen unsers holländischen Parteigenossen, betreuend die Stellung der Kirche zur sozialen Frage, dürften sich um so allgemeineres Interesse beanspruchen, da Domela Nieuwenhuis bevor er zur Sozialdemokratie übertrat, jahrelang ein angesehener Stellung als Geistlicher der holländischen Kirche einnahm.

Die preussische Gefindeordnung

und die darauf bezüglichen sonstigen gesetzlichen Bestimmungen.

Zusammengestellt und mit Erklärungen und Rathschlägen versehen von

Aug. Heine.

Preis 15 Pfennig.

Zu beziehen vom Verlag der Sonntags-Zeitung in Halberstadt und durch die Expedition dieser Zeitung.

Wiederverkäufer entsprechenden Rabatt.

Der Mensch und seine Rassen.

Von

Dr. Erhard Langhavel.

Verlag von J. H. W. Dietz, Stuttgart.

Mit 4 Chromolithen (Kopfschichten), 40 Holzschnitten und über 200 in den Text gedruckten Illustrationen.

Dieses in allgemein verständlicher Weise verfaßte Werk zerfällt in drei Abschnitte: I. Bau und Leben des menschlichen Körpers; II. Der vorgeschichtliche Mensch; III. Völkerkunde.

Der Wunsch des Verfassers beim Niederschreiben des Buches war, den breiten Schichten des Volkes in einem mäßig starken Bande das zu bieten, was bis jetzt einschlägliche Forscher erkundet über Bau und Leben des menschlichen Körpers; zum anderen, wie weit heutigen Tages unsere Kenntnisse des vorgeschichtlichen Menschen reichen, und drittens, in welcher Art und Weise die vornehmlichsten Völkerstämme der Erde den Kampf ums Dasein bestehen oder zu ihm erliegen.

Das Werk ist in überaus reicher Weise illustriert und mit 4 in Farben durch angeführten prächtigen Bildern versehen. Es wird in ca 22 Lieferungen von 120 Seiten vorliegen. Alle 14 Tage erscheint 1 Heft. Jede Lieferung enthält 2 Bögen Großformat und kostet 20 Pfennig.

Zu beziehen durch die Buchhandlung und die Expedition dieses Blattes.



Grosser Umsatz. Kleiner Verdienst.

Grosser Umsatz. Kleiner Verdienst.

Herrn- und Knaben-Garderobe

von nur dauerhaft. Stoffen, gediegener Arbeit u. vorzügl. Schnitt, in grosser Auswahl, liefert bei streng reeller u. billigster Bedienung.

J. Schönfeld, 19.

Schmiedebrücke

Berantwortlich: für den lokalen und provinziellen Theil: Post-Exped. Ballstrasse 14b III. für den Inseratenteil: E. Jahn, Expedition: Weipertstrasse 64. — Verlag von O. Schöb. — Druck von Th. Schöb. — sämtlich in Breslau.